

Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Die 1. Reichskonferenz der A. f. H. — Zum Gedächtnis Pestalozzi. Von Prof. Klotz. — Das Ende der Militärkontrolle. Von Dr. E. Ripken. — Der innere Markt. Von Leo Hornig. — Wirtschaftskrise und Arbeitsmarkt. Von Wilhelm Eggert. ufm.

In Kommission:
Zentralverlag ^{d. m.} Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5.— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Pestalozzi 1746-1827

Nach einem Linoleumschnitt von Conrad Herzmann

Die 1. Reichskonferenz der Reichszentrale für Heimatsdienst in Berlin am 28. und 29. Januar 1927.

Zum ersten Male hat die Reichszentrale für Heimatsdienst Gelegenheit genommen, ihre gesamten ehrenamtlichen freien Redner aus dem ganzen Reich, soweit sie mindestens zwei Jahre in der Aufklärungsarbeit der R. f. H. tätig sind, in Berlin zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenberufen. Diese erste Reichskonferenz der R. f. H. fand am 28. und 29. Januar in Berlin statt. An ihr nahmen etwa 200 Redner teil, Herren aus den verschiedensten Berufen, Klassen und Parteien. Es waren darunter Verwaltungsbeamte aller Art (Ministerialräte, Regierungsräte, Bürgermeister usw.), Lehrer aller Art (Schuldirektoren, Rektoren, Studienräte, Berufs- und Volksschullehrer usw.), Männer aus freien Berufen (Schriftsteller, Syndizi, Volkswirte, Ärzte usw.) und Gewerkschaftler aller Richtungen. Zu diesen Rednern traten noch eine ganze Reihe von Universitätsprofessoren aus dem Reiche, die insbesondere als Redner auf den staatsbürgerlichen Lehrgängen in den größeren Städten wirken. Hinzu kam noch eine große Anzahl von Berlinern Fremden und Mitarbeitern der R. f. H. aus wissenschaftlichen Kreisen, aus den verschiedenen Ministerien und aus den großen Verbänden des Berufs- und Wirtschaftslebens sowie aus den freien Kultur- und Aufklärungsorganisationen. Auf diese Weise versammelte sich ein Kreis von mehr als 500 Personen zu den verschiedenen Veranstaltungen, die durch diese Reichskonferenz zusammengefaßt waren.

Die Reichskonferenz fand im großen Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates statt. Sie wurde am Vormittag des 28. Januar eröffnet durch eine Begrüßungsansprache des Leiters der R. f. H., Herrn Ministerialrat Dr. Strahl. Er stellte in dieser Ansprache die große Bedeutung der Konferenz für die gesamte Arbeit der R. f. H. fest, dankte den verschiedenen prominenten Gästen, die sich zu der Konferenz eingefunden hatten und den erschienenen Mitarbeitern und den tausenden von Vertrauensleuten im Reich für ihre fähige selbstlose und ideale Aufklärungsarbeit im Dienste der R. f. H. Darauf folgte eine Begrüßungsansprache des Herrn Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Dr. Pündt, der im Namen des am Erscheinen verhinderten Herrn Reichskanzlers ebenfalls die Versammlung begrüßte, der R. f. H. und ihrer Arbeit das hohe Interesse und die Unterstützung der Reichsregierung aus sprach und der Tagung einen glücklichen Verlauf wünschte. Zum Schluß begrüßte der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats der R. f. H., Herr Senatspräsident Schulte, M. d. R., die Teilnehmer der Reichskonferenz und sprach auch seitens des Parlamentarischen Beirats der R. f. H. die enge Anteilnahme an der Veranstaltung aus.

Die eigentliche Tagung wurde eröffnet mit einem Vortrag des Herrn Reichswirtschaftsministers a. D. Hamann, i. geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes, über „Deutschland in der Weltwirtschaft“. Herr Reichsminister Hamann verband es, in seinem großangelegten Referat einen klaren Überblick über die Zusammenhänge und Probleme der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftspolitik zu geben. Er schilderte zunächst die Lage der deutschen Wirtschaft vor dem Krieg, ihre Veränderung durch den Krieg und ihre jüngste Entwicklung. Er ging dabei insbesondere auf die Strukturveränderungen der Weltwirtschaft und ihre Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ein. An ihn schloß sich des Nachmittags ein Referat des Herrn Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, über „Die außenpolitische Lage des deutschen Reiches“. Dieser Vortrag, der ein packendes Bild von der außenpolitischen Lage Deutschlands seit der Kriegszeit gab, machte auf die zahlreichen Zuhörer einen gewaltigen Eindruck. Er fand hürnischen Beifall und war für die Teilnehmer der Tagung geradezu ein Erlebnis.

Am Abend des ersten Tages hatte der Herr Reichsfanzler sich in gültiger Weise bereitgefunden, die Teilnehmer der Tagung zu einem Empfang zu sich zu bitten. Es

vereinte sich die große Zahl der Mitarbeiter der R. f. H. aus dem Reich und aus der Reichshauptstadt in den historischen Räumen der Reichskanzlei zu einem Empfang, der wohl bei allen Teilnehmern, namentlich denen aus dem Reiche, einen tiefen Eindruck hinterlassen hat.

Am Vormittag des nächsten Tages (29. Januar) begann Geh. Regierungsrat, Universitätsprofessor Dr. Brandt-Göttingen mit einem unerselben Vortrag über „Die Idee in der Geschichte der deutschen Politik“. Dieser Vortrag war ein großartiger Gang durch die politische Geschichte unseres Volkes. Er war sowohl inhaltlich als in der Form von starker Wirkung und wurde von den Teilnehmern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An ihn schloß sich ein Vortrag des Herrn Geh. Regierungsrats, Universitätsprofessors Dr. Volk-Keipzig über „Raum und Volk in der Geschichte der deutschen Politik“. Auch dieser Vortrag, der im Unterschied von dem Vortrag Brandts die geographisch-empirischen Grundlagen und Einflüsse der deutschen Geschichte untersuchte und ordnete, brachte einen wirkungsvollen Längsschnitt durch die Entwicklung unserer deutschen Geschichte. Er hinterließ starken Eindruck bei den Hörern. Damit war das eigentliche Ende des belehrenden Teils der Reichskonferenz erreicht, so daß nunmehr der Pressesekretär der Reichsregierung, Herr Ministerialdirektor Dr. Secklin, das Schlüsselwort zur Konferenz sprechen konnte. Er zog in lebendigen und eindringlichen Worten das Fazit der Veranstaltung und stellte — anknüpfend an die Begrüßungsworte des Herrn Senatspräsidenten Schulte — als Ergebnis der bisherigen Arbeit der R. f. H. fest, daß sie trotz starker Schwierigkeiten und Hemmnissen von Erfolg zu Erfolg gesritten sei. Er verband es, den Teilnehmern der Reichskonferenz nochmals Zweck und Sinn ihrer staatspolitischen Aufklärungsarbeit besonders plastisch wiederzugeben. Seine Ansprache wurde begeistert beifällig. Schließlich stattete Herr Regierungspräsident Krüger-Küneburg namens der Teilnehmer der Reichskonferenz der R. f. H. noch den besonderen Dank für die wohlgelungene und fruchtbare Veranstaltung ab.

Am Nachmittag vereinten sich die eigentlichen rednerischen Mitarbeiter der R. f. H. noch zu einer internen Ansprache, in der Herr Ministerialrat Dr. Strahl noch einmal das innere System der praktischen Aufklärungsarbeit auseinandersetzte, ein Bild von ihrem gegenwärtigen Stand gab und nochmals die großen staatspolitischen Gesichtspunkte zusammenfaßte, die die Arbeit der R. f. H. leiten. An dieses Referat knüpfte sich eine lebhafte Ansprache, in der die verschiedensten Redner und Mitarbeiter aus dem Reich das Wort ergriffen, um Anregungen, Wünsche und Ratschläge zu äußern. Zum Schluß faßte Herr Ministerialrat Dr. Strahl das Ergebnis dieser Ansprache zu einem abschließenden Schlüsselwort zusammen.

Es kann wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß diese erste Reichskonferenz der R. f. H., die zum ersten Male den engeren Kreis der freien rednerischen Mitarbeiter der R. f. H. gemeinsam in der Reichshauptstadt zusammenfaßte, ein starker und nachhaltiger Erfolg gewesen sei. Sie hat das Band um die Anhänger und Mitarbeiter der R. f. H. enger geschlossen, hat die mannigfachen Fäden zwischen diesen Personen noch fester geknüpft und zugleich ein Bild gegeben von der tatsächlichen Gemeinschaft, die die R. f. H. heute schon darstellt — eine reale Verkörperung der Volksgemeinschaft über Parteien, Berufe und Klassen hinweg. Man spürte den Willen zur Sache und zur gegenseitigen Colozanz. Ein Zug von Harmonie ging durch die ganze Tagung. Diese Gesamtstimmung biligt dafür, daß diese erste Reichskonferenz weiter wirken wird zum Besten der großen, idealen, staats-, national- und sozialpolitischen Aufklärungsarbeit, die der R. f. H. obliegt.

Zum Gedächtnis Pestalozzis.

Von Professor Ernst M. Koloff.

Wenn schon die ungewöhnlich umfassende und eindringliche Form, in der am 17. Februar dieses Jahres der hundertsten Wiederkehr des Todestages von Johann Heinrich Pestalozzi weit über den deutschen Kulturkreis hinaus in der ganzen Welt gedacht werden wird, Zeugnis ablegt für die tiefgreifende Bedeutung dieses großen Schulmannes, Menschenfreundes und Volkserziebers, so spricht andererseits noch mehr für die Größe und Fruchtbarkeit seiner Ideen die Tatsache, daß manche von ihnen erst in den letzten 30 Jahren ihrer Derwirklichung entgegenreife. So geht z. B. in jüngerer Zeit das Bestreben, das die Erziehung und Unterweisung von dem Intellektualismus und der bis dahin geltenden Lehrmethode demüht sich abzuwenden und statt dessen ihr Verfahren aus der lebendigen Entwicklung des jungen Menschen zu gewinnen versucht, auf Pestalozzi Anregungen und Gedankengänge zurück. Auch die Bestrebungen der Gegenwart, die Selbsttätigkeit des Schülers anzuregen und seinen Erfahrungskreis zu erweitern, um die Belehrung daran zu knüpfen, sind ein Schritt zu dem Ziel, das Pestalozzi vorgezeichnet hat. Wenn Unterricht und Erziehung auf allen Gebieten jetzt die jugendliche Entwicklung beachten lernen, wenn sie Leben und Lehre enger miteinander zu verbinden suchen, so bewegen sie sich in Bahnen, die Pestalozzi angedeutet hat. Ebenso stehen die heutigen Bemühungen, die Anschauung im Sinne des inneren Erlebens zur Grundlage der Erziehung und des Unterrichts zu machen, unter dem Zeichen Pestalozzis. Was er gewollt hat, beginnt nun im vollen Anfange Wirklichkeit zu werden.

Diese nachhaltige Wirkung hat etwas ungemein Verhöhnendes bei dem Gedanken an die Mißfolge, die Pestalozzi erlebte, so oft er selber seine Gedanken in die Praxis umzusetzen suchte. Ob er als Dreizehnwanzigjähriger 1769 den Neuhof gründete, ob er in Stans, Burgdorf, Mänchenbuchsee, Yverden seine für immer in der Geschichte der Pädagogik mit Ehren genannten Erziehungsanstalten ins Leben rief — in keinem Falle war ihm dauernder Erfolg beschieden, und die Trümmer, die das Feld seiner praktischen Betätigung bedeckten, haben sein Leben zu einem Martyrium gemacht. Denn diesem „größten pädagogischen Genie, das je gelebt hat“ (Theobald Ziegler) war praktischer Sinn verfaßt. Auch der Mangel an fester männlicher Leitung, der seine harte, wenn auch nicht ganz freundliche Jugendzeit kennzeichnet, und der ihn nach seiner eigenen Meinung „aller wesentlichen Mittel und Reize zur Entfaltung männlicher Kraft, männlicher Erhebung, männlicher Denkungsart und männlicher Übungen“ entbehren ließ, haben diese ununterbrochenen Mißschicksale in seinem Leben mit verschuldet. Wenn er sich nichts-Befonderlicher neben seiner gewaltigen pädagogischen, sozialphilosophischen, politischen und volkswirtschaftlichen Schriftstellerei immer wieder zu neuer praktischer Tätigkeit aufzuraffen wußte, so ist das vor allem seinem unergründlichen Vertrauen in die Güte der Menschen und seinem sehnlichstigen Verlangen nach „Menschen-erziehung und Menschenbegläubung“ in all dem Elend jener Tage zuzuschreiben. Ihn jammerte seines Volkes — das ist der Ausgang für die ganze selbstverleugnende Wirkkraft Pestalozzis. So fand denn auch alle seine mühseligen Unternehmungen als Stufen seiner Entwicklung schließlich doch nicht vergeblich gewesen, sondern behielten für ihn und seine ganze nachfolgende Wirkung die Bedeutung, welche die schöne Inschrift über dem Grabe dieses edlen, hartgeprüften Mannes in Brugg in die kurzen Worte kleidet: „Retter der Armen in Neuhof, Prediger des Volks in Kienhard und Gertrud“, in Stans Vater der Waisen, in Burgdorf und Mänchenbuchsee Gründer der neuen Volksschule, in Yverden Erzieher der Menschheit, Mensch, Christ, Bürger; alles für andere, für sich nicht. Segen seinem Namen!“

Pestalozzis theoretische Anschauungen im Zusammenhang darzustellen, ist nicht leicht. Wohl hat der verstorben Marburger Philosoph Paul Natorp versucht, seine Pädagogik in ein System zu bringen, und wer heute Pestalozzi gründlich kennenlernen will, muß sich mit Natorp auseinandersetzen, mag

er auch dessen Meinung oft nicht teilen können. Wie sehr auch Pestalozzi anfänglich unter dem Einfluß des alle beherrschenden Rousseau steht, beweisen vor allem die Tagebuchaufzeichnungen über die Erziehungsversuche an seinem eigenen Söhnchen Jaquetti. Aber schon hier weist die starke Betonung der Naturgemäßheit für das „gesellschaftliche“ oder „sozialtätige“ Leben zu erziehen, über den großen Genfer hinaus. Wesentlich vertieft hat Pestalozzi seine Grundanschauungen in der „Abendstunde eines Einfließlers“ (1780), die gründlich aufräumt mit den Verläufen Rousseaus, den Zögling aus allen sozialen und kulturellen Beziehungen loszulösen. Für Pestalozzi ist in seiner ersten Periode das Vaterhaus „die Grundlage aller reinen Naturbildung der Menschheit“.

Diese Grundgedanke klingt, wemshon mit mannigfachen Modifikationen, auch in den Hauptschriften Pestalozzis immer wieder an; so vor allem in dem Erziehungsroman „Kienhard und Gertrud“ (1781—1787), der seinen schriftstellerischen Ruf begründete sollte und namentlich in seinem von der zweiten Auflage ab bedeutend umgearbeiteten dritten und vierten Teile mit Natorp geradezu ein „Handbuch der sozialen Pädagogik“ genannt werden kann. Erziehung bezeichnet er hier als „Bildung des Menschen zu einem auf erlauchtete Selbstsorge gegründeten Staatsdienst“. Von allen Einzelheiten der Erziehung hat ihn aber auch damals schon seine mehr beschäftigt, als die der erzieherlichen Fürsorge für die Armen: „Der Einfluß der Schulen auf die Berufsbildung der niederen Stände ist dem Staat um so mehr wichtig, als der Mittelstand, dessen diesfällige Bildung von seinem Eigentum und seiner Gewerbjamkeit vorzüglich begünstigt wird, den niederen Ständen nicht bloß in der Anzahl der Menschen, die durch eine gute Berufsbildung glücklich gemacht werden könnten, ohne Maß zurücksteht.“ Diese Berufsbildung, auch des Armen und Niedrigen, hat aber wenig zu tun mit jener einseitigen Standserziehung, die das Bildungswesen des 18. Jahrhunderts kennzeichnet, sondern schließt für Pestalozzi bei richtiger Abnung auch die allgemeine Menschenbildung in sich; beide laufen darin zusammen, daß sie den Menschen zu einem brauchbaren Glied jenes großen Organismus machen, als den er Staat und Gesellschaft aufsaßt. Wichtig ist ihm dabei auch stets die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der unteren Schichten: „Im Sumpf des Elends wird der Mensch kein Mensch . . . Die erste Pflicht des Menschen ist, der Armut seiner Mitmenschen, die er kann, abzuhelfen, damit ein jeder ohne Drang und Kummer des Lebens Widerwart erstreiten möge, und diese erste Pflicht des Menschen ist besonders die erste Pflicht derjenigen, die Gott zu Vätern über andere gesetzt hat . . . Ewig wird es . . . eine unwiderprechliche Wahrheit bleiben, daß die Emporhebung der niederen Stände aus ihren Tiefen ein unumgängliches Bedürfnis der Nationalität ist.“

Einen Wendepunkt in Pestalozzis pädagogischen Anschauungen bringt das Jahr 1799; er tritt am deutlichsten hervor in seinem anderen Hauptwerk „Die Gertrud ihre Kinder lehrt“ (1801), das als die beste Darstellung seiner pädagogischen und methodischen Ansichten zu bewerten ist. Immer fräftiger wird jetzt, namentlich für die geistige Erziehung, die bewußte und absichtliche Entwicklung von seiten des Erziehers betont. Wenn Pestalozzi auch noch immer daran festhält, daß dieser sich möglichst eng an die Tätigkeit der Mutter anschließen und an die Verhältnisse des Menschen anknüpfen soll, so macht sich doch in diesem Buche immer stärker eine andere Auffassung des Begriffs „Natur“ geltend, als natürliche Entwicklung des kindlichen Geistes, die dem Erzieher die Wege weisen soll, und die Pestalozzi zunächst in der Anschauung das fundament aller Erkenntnis erbilden läßt. Auf systematische Bildung von Anschauungen und Erfahrungen, die der einfachen Mutter nicht gegeben war, legt er nunmehr größten Wert. Mehr und mehr tritt an die Stelle des von Teil unbewußt pädagogischen und didaktischen Schaffens der Mutter die bewußte, von Ziel und Absicht geleitete didaktische Kunst. In der hier gebotenen Kürze darf zusammenfassend gesagt werden, daß für

Pestalozzi die wichtigste Aufgabe aller Erziehung und alles Unterrichts darin bestehen muß, die jedem Menschen eigene, selbständige Kraft und Anlage zur Entwicklung und Entfaltung zu bringen, und zwar vor ihrer Anwendung. Nicht enzyklopädisches Wissen, sondern die Vermittlung derjenigen Gehefte, die Anlage und Fähigkeiten des Menschen zu bilden geeignet sind, muß das Ziel aller Erziehung sein. Und das mit Recht; denn wahrhaft unser Eigen wird nur, was wir selbst erarbeitet und erlebt haben. Die an sich natürlich wichtige Belehrung hat an die zweite Stelle zu treten, weil sie bloß Wert hat, wenn der Gegenstand der Belehrung im Kinde bereits Kraft und Leben gewonnen hat. Auch dieses Erfahren, Können, Erleben nennt Pestalozzi Anschauung, und in diesem Zusammenhang gewinnt das Wort bei ihm den tiefsten und bedeutungsvollsten Sinn.

Wenn man heute im wesentlichen immer wieder nur von der Bedeutung Pestalozzis für die Volksschule spricht, so ist das nicht seine Schuld, sondern deutet auf eine immer noch vorhandene Kluft im höheren Schulwesen hin. Freilich waren am Anfang des 19. Jahrhunderts ein Wilhelm von Humboldt, ein Södern und andere Reformner der höheren Schulen von Pestalozzis Geist erfüllt und bemüht, ihn auch diesen zu übermitteln, besonders in der Erziehung zur Selbständigkeit und Selbstbildigkeit. Ist dieser Grundsatz aus den Lebensordnungen der höheren Schulen auch nicht mehr verschwunden, so gewonnen doch bald andere und teilweise sehr nachhaltige Geistesrichtungen, unter denen die Philosophie Hegels und seiner Anhänger an erster Stelle zu nennen ist, überragenden Einfluß auf das höhere Schulwesen und ließen die Pädagogik des großen Schweizers nicht voll zur Auswirkung kommen. Dagegen ist die gewaltige innere Umgestaltung, welche die Volksschule im 19. Jahrhundert auch in Deutschland durchgemacht hat, in allen wesentlichen Punkten unter Pestalozzis Einfluß erfolgt. Junge preussische Lehrer wurden bereits in den ersten Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts von der Berliner Regierung nach Jferten gesandt, um sich mit der

dortigen Erziehungsmethode bekannt zu machen. Auch Gichte gedent ihrer 1806 in feinen „Reden an die deutsche Nation“ und sieht in ihr, ebenso wie der Freiherr von Stein, ein Mittel, „den Völkern und dem ganzen Menschengeflecht aus der Tiefe seines damaligen Elends emporzubeheben“. Der Hauptanteil an der Durchdringung der neuen preussischen Volksschule mit den Anschauungen Pestalozzis kommt freilich nach neueren Forschungen dem Rheinländer Ludwig Natop (1774 bis 1846) zu, der als Mitarbeiter an Söderns Entwurf einer einheitlichen Neugestaltung des preussischen Schulwesens mit feinstem Gefühl für das Richtige die pädagogischen, methodischen und didaktischen Ansichten Pestalozzis den besonderen Verhältnissen in Preußen anzupassen mußte. Auch daß die preussische Regierung in der Zeit der Reform des Schulwesens das Hauptgewicht auf die Gründung von Lehrerseminaren legte, in denen die jungen Lehrer vor allem auch zu sittlich gefestigten, charaktervollen Erziehern herangebildet werden sollten, geschah durchaus im Geiste Pestalozzis. Mag er selber auch ein recht mäßiger Lehrer gewesen sein, mag seine Pädagogik der Kritik manche Angriffsfläche bieten, mag seine Methodik in vielen Punkten uralter und durch Besseres überholt sein, so bleibt sein Verdienst doch unbestritten, daß die Entwicklung des Volksschulwesens im 19. Jahrhundert ohne ihn gar nicht zu denken ist. Und was er an opferfreudiger Hingabe an den Beruf des Erziehers geleistet hat, bleibt vorbildlich für alle Zeiten. Kein Pädagog vor ihm hat die Not seines Volkes so mitgeföhlt wie er, und kaum ein Sozialpolitiker jener Jahre ist so eindringlich wie er dafür eingetreten, daß auch dem letzten seiner Mitbürger „unabhängig Brot, ungehodelte Tage und ein ehrenhaftes Alter“ gesichert werde. Ja man kann ohne Übertreibung sagen, daß sein ungenöhdlich ausgeprägtes soziales Empfinden, sein tiefes Mitgeföhls mit den Armen und Elenden einer der wichtigsten Grundsteine ist, auf denen sich Pestalozzis Pädagogik wie sein öffentliches Wirken überhaupt aufbaut. Und so darf denn auch dieses kleine Gedenkbild schließen mit den Worten seiner Grabchrift: „Segen seinem Namen!“

Das Ende der Militärkontrolle.

Von Dr. G. Rippen.

Am 31. Januar 1927 ist laut Beschluß der Ministerkonferenz vom 12. Dezember 1926 die Interalliierte-Militärkontrollkommission aus Deutschland zurückgezogen worden; das Untersuchungsrecht ist gleichzeitig auf den Völkervertrag übergegangen. Damit ist eine Institution des Versailler Vertrages, die seit dem Waffenstillstand eine schwere Demütigung für das deutsche Nationalgeföhls, in anderen Zeiten stets aber ein ernstes Hindernis für den deutschen Wiederaufstieg, gebildet und ein Organ des Zugriffs der gegnerischen Mächte, nicht nur gegen jede Regung deutscher Wehrhaftigkeit, sondern auch gegen deutsche Industrie und Wirtschaft war, verschwunden. Die Erfahrungen, welche Deutschland mit dieser Militärkontrolle der Alliierten gemacht hat, lassen es angebracht erscheinen, sich über Wesen und Organisation der Militärkontrolle des Völkervertrages klar zu werden.

Nach Artikel 213 des Versailler Vertrages verpflichtet sich Deutschland, so lange der Versailler Vertrag in Kraft bleibt, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkervertrages mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet. In dem Artikel wird jedoch nicht ausdrücklich gesagt, auf welche Gegenstände diese Untersuchungen sich beziehen sollen und in welcher Form sie durchzuführen sind. Diese Frage muß deshalb nach dem ganzen Zusammenhang der Vertragsbestimmungen beantwortet werden. Aus der Tatsache, daß der Art. 213 die Schulbestimmung des Teiles V des Vertrages bildet, ergibt sich mit völliger Sicherheit, daß die Untersuchungen des Völkervertrages sich nur auf die in diesem Teile V behandelten Fragen erstrecken können. Innerhalb des Teiles V ist für die Festlegung der Tragweite des Art. 213 zunächst die Tatsache von Bedeutung, daß die Durchführung der Abrüstungsaktion als solche, soweit sie in bestimmten zeitlichen Grenzen zu erfolgen hat, Sache der Interalliierten Militärkontrollkommission ist. Damit haben (sonach die Untersuchungen des Völkervertrages nichts zu tun. Seine Untersuchungen können sich nur darauf erstrecken, festzustellen, ob nach Durchführung der Abrüstungsaktion die Bestimmungen des Teiles V von Deutschland innegehalten werden. Im übrigen ist in dem Artikel nur von Untersuchungen, nicht aber von der Einsetzung fähiger Kontrollinspektoren in Deutschland die Rede. Daß der Völkervertrag solche Inspektoren nicht einsetzen darf, ergibt sich auch per argumentum e contrario aus der Tatsache, daß solche Kontroll-

inspektoren in Gehalt der erwähnten Kontrollkommission nur für die Abrüstungsaktion vorgesehen sind. Die Tätigkeit des Völkervertrages kann mittels nur dahin gehen, daß er sich, wenn ein legitimer Anlaß dazu vorliegt, von der Einhaltung der Bestimmungen des Teiles V überzeugt. Und dann kann er auch nicht die Einhaltung aller Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages prüfen, sondern nur in einem konkreten Fall zu einer Inspektion schreiben, deren Gegenstand und Grenze er zu spezifizieren hat. Hinsichtlich Deutschlands ist dabei noch zu bemerken, daß gegenüber einer früheren Regelung die Bestimmungen des Art. 213 auf die entmilitarisierte Rheinlandzone in gleicher Weise wie auf die übrigen Teile Deutschlands anzuwenden sind.

Auf Antrag Großbritanniens hat sich der Völkervertrag im September 1924, März 1925 und Dezember 1926 eingehend mit der allgemeinen Organisation der im Art. 213 des Versailler Vertrages sowie den entsprechenden Artikeln der Verträge von St. Germain, Crican und Neuilly vorgesehenen Völkervertragskontrolle befaßt. Er hat am 27. September 1924 einen sogenannten Inspektionsplan angenommen und diesen am 14. März 1925 durch ein Reglement ergänzt; auf Antrag der deutschen Regierung hat er dann am 11. Dezember 1926 diese Regelungen „interpretiert“, d. h. den deutschen Wünderungsforderungen Rechnung getragen.

Danach ist die oberste Spitze der Inspektionsorganisation der Völkervertrages, der die Untersuchung der Rüstungen im Einzelfalle zu beschließen hat. Die Anrogung zu einem solchen Beschlusse kann von jedem Mitgliede des Rates ausgehen. Doch kann auch jedes andere Mitglied des Völkervertrages dem Rat durch Vermittlung des Generalsekretärs Material zur Prüfung unterbreiten. Der Rat beschließt ferner über die Zusammenlegung der die Untersuchung vornehmenden Kontrollkommissionen und ernennt die Präsidenten dieser Inspektionskommissionen im voraus für die Amtsperiode von einem Jahre. So hat er für 1927 zum Präsidenten der deutschen Kommission den französischen General Barattier, für die österreichische den italienischen General Marietti, für Ungarn den englischen General Bonham-Carter und für Bulgarien einen noch von der holländischen Regierung zu bestimmenden Offizier ernannt. Der Rat hat zu beschließen, was auf Grund des Ergebnisses einer Untersuchung zu geschehen hat. Während er bei der Anordnung

einer Inoffizialität des Beschlusses, welche Sanktion auf einen Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen zu ergeben ist, einstimmig sein.

Der Rat wird bei der Beschlussfassung über die Vornahme einer Inoffizialität, wie auch in allen übrigen Fällen durch die Ständige beratende Militärkommission unterstützt, die auf Grund des Art. 2 der Völkerverbände bereits im Jahre 1920 geschaffen wurde. Diese hat u. a. das Programm über die in jedem Jahre vorzunehmenden Untersuchungen aufzustellen, dem Rat eventuell Ergänzungen vorzuschlagen und ein begründetes Gutachten über eingelaufene Berichte abzugeben. Sie schickt ferner die genaue Zusammenfassung der Inoffizialitätskommissionen vor und hat dem Rat ein begründetes Gutachten über das Ergebnis einer Untersuchung zu erstatten. Durch diese Funktionen wird die Ständige beratende Militärkommission zu einem wichtigen Instrument der Inoffizialitätsorganisation. Ihre Zusammenlegung spielt daher für die Handhabung des Kontrollrechtes eine bedeutende Rolle. Die Ständige Militärkommission besteht als solche aus militärischen Sachverständigen der Ratsmächte. Für den Fall der Begutachtung einer etwa vorzunehmenden Inoffizialität oder deren Ergebnis aber wird sie im Einzelfalle ergänzt durch Vertreter der Nachbarnstaaten des der Untersuchung unterworfenen Staates, während diese letztere in ihr nicht vertreten ist. Wenn also z. B. eine Untersuchung in Österreich vorgenommen werden soll, so würden die Tschechoslowakei und Jugoslawien, selbst, wenn sie nicht Mitglieder des Rates wären, in der Ständigen beratenden Kommission vertreten sein, nicht aber Österreich selbst. Die diese besondere Bestimmung mit dem Prinzip der Unparteilichkeit in Einklang gebracht werden soll, dem der Völkerverband sich freiwillig verschrieben hat, ist unerwünscht. Für den Fall jedoch, daß eine der Zentralmächte im Rate vertreten ist, ist sie zugleich Mitglied der Ständigen beratenden Militärkommission; aber dann hat sie eine solche Vertretung weniger nötig als ohnedem. Deutschland ist wegen seines wichtigen Ratsstatus auf jeden Fall in der Militärkommission vertreten.

Die Untersuchung selbst wird von der sogenannten Inoffizialitätskommission ausgeführt, die sich jedoch bei ihrer Tätigkeit nur auf die Feststellung von Tatsachen zu beschränken hat. Untersuchungen an Ort und Stelle werden von den dreiföpfigen Gruppen vorgenommen, die aus den Inoffizialitätskommissionenmitgliedern entnommen werden und verschiedener Nationalität sein müssen. Diese Inoffizialitätskommissionen setzen sich aus Männern zusammen, die aus einer Expertenliste vom Rate dann gewählt werden, wenn er es an der Zeit findet, eine Inoffizialitätskommission zu bilden. Die Sachverständigen müssen jederzeit zur Verfügung stehen, doch haben die Inoffizialitätsländer auf ihre Ernennung keinen Einfluß. Einem entsprechenden deutschen Antrag auf der letzten Dezemberversammlung des Rates ist es gelungen, die Bestimmung, wonach die Angehörigen der dem Inoffizialitätsrecht unterworfenen Staaten nicht Mitglieder der Inoffizialitätskommission sein können, dahin abzuändern, daß lediglich die Angehörigen des Staates, auf dessen Gebiet zu einer Inoffizialität geschritten wird, niemals Mitglieder der zu dieser Inoffizialität schreitenden Kommission sein sollen. Deutschland kann also in der österreichischen, bulgarischen oder ungarischen Inoffizialitätskommission sitzen.

Das allgemeine Tätigkeitsfeld dieser Inoffizialitätskommissionen hat der Völkerverband in dem Reglement vom 14. März 1925 festgelegt. Demnach sind die Kommissionen autorisiert, in den Grenzen des für jeden Einzelfall vom Rate zu beschließenden Programms alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig er-

achten, um feststellen zu können, a) ob Rekrutierung, Organisation und Ausrüstungsbestand des Heeres, der Marine, der Polizei und ähnlicher Organisationen dem Friedensvertrage entsprechen; b) ob Mobilisierungsmaßnahmen ergreifen sind; c) ob tragende Vereinigungen sich mit militärischer Vorbereitung beschäftigt oder in Verbindung mit dem Kriegsministerium oder einer anderen Militärbehörde steht; d) ob die Gesetzgebung, auf welche sich die Inoffizialität bezieht, mit den Militärbestimmungen des Friedensvertrages in Einklang steht und gehörig beachtet wird. Die Inoffizialitätskommissionen haben das Recht, frei in dem zu untersuchenden Lande herumzuziehen und dort Untersuchungen vorzunehmen, nicht nur in Staatseigentum, sondern auch in Privateigentum. Ihnen ist gleichfalls das Recht zugesprochen, im Verlaufe ihrer Untersuchungen sämtliche Urkunden über den Transport von Waren zu prüfen, und zwar besonders an Eisenbahngrenzüngspunkten und in Häfen.

Man wird zugeben müssen, daß diese Aufgaben weit über das Maß hinausgehen, was mit der Inoffizialität erreicht werden soll, ganz besonders die Bestimmungen über die Vornahme von Untersuchungen bei Privaten und in dem Warenschutz sind dazu angeht, die Inoffizialitätskommission dem Verdachte der Handelsespionage auszuweichen, wobei auch noch zu bemerken ist, daß für die selbständige Vornahme solcher Untersuchungen nach deutschem öffentlichen und privaten Recht jede Unterlegen stehen. Daraus ist deutscherseits auch auf der Degebenbertragung des Völkerverbandes hingewiesen worden mit dem Erfolg, daß nach dem Beschluß vom 11. Dezember 1926 die Inoffizialitätskommission sich wegen Vornahme einer Untersuchung an die von der deutschen Regierung bezeichneten Vertreter oder deren Bevollmächtigte zu wenden hat, denen es obliegt, unverzüglich die Mitwirkung der nach der deutschen Gesetzgebung zuständigen Verwaltungs-, Gerichts- und Militärbehörden herbeizuführen. Erst dann darf im bedauerlichen Einvernehmen mit der Nachforschung und Feststellungen geschritten werden, welche die Kommission in den Grenzen ihrer Aufgabe für zweckmäßig hält.

Vergleikt man die am 1. Februar in Kraft getretene Inoffizialitätsorganisation des Völkerverbandes mit dem System der internationalisierten Militärkontrolle, so bedeutet die neue Ordnung eine großen Fortschritt. Unbefriedigend an der Organisation der Völkerverbandsinoffizialität ist der Umstand, daß der Plan sich nur auf die im Weltkrieg unterlegenen Staaten bezieht. Das Inspektionsrecht des Völkerverbandes Art. 215 fällt aber unter die Präambel zu Teil V des Versailler Vertrages und ist demnach lediglich als eine Vorlesung anzusehen. Demgemäß hätte der Inoffizialitätsplan des Völkerverbandes so aufgestellt werden müssen, daß seine spätere Anwendung auf die übrigen Völkerverbandsmitglieder möglich wäre. Das kann uns aber nicht daran hindern, immer wieder mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß auch laut Versailler Friedensvertrag die deutsche Entwertung nur als Anfang der allgemeinen Entwertung gelten darf, und daß wir einen klaren und unbefristbaren, weil vertraglich anerkannten Rechtstitel auf die Entwertung der anderen haben, den wir bei der künftigen Entwertungs Konferenz und den vorbereitenden Verhandlungen zu der energisch vertreten müssen. Die anderen Mächte werden sich klar darüber sein müssen, daß nur die Einlösung ihres im Versailler Vertrag freiwillig gegebenen Versprechens, auf die Entwertung Deutschlands die eigene folgen zu lassen, was natürlich die Einrichtung einer ähnlichen Völkerverbandskontrolle, wie sie für uns besteht, auch für sie zur Folge haben muß, ihnen einen Rechtstitel darauf verleihen kann, die Vorlesung Deutschlands in punkto Entwertung, mit der Deutschland dem Frieden Europas ein schweres Opfer gebracht hat, als endgültig in Anspruch zu nehmen.

Der innere Markt — das Fundament unserer Wirtschaft.

Ein Beitrag zur Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems.

Von Leo Horwitz.

Aus einem Vortrag, den der Wirtschaftsexperte der R. f. B. am 25. I. 1927 im Berliner Rundfunk über die Bedeutung des inneren Marktes für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands im allgemeinen und für den deutschen Arbeitsmarkt im besonderen gehalten hat, gibt der „Heimatdienst“ angesichts der Wichtigkeit des hier behandelten Gegenstandes nachstehend die grundlegenden Ausführungen wieder.

I.

Wer die wirtschaftlichen Geschehnisse im Ausland beobachtet, sieht dort einen eigenartigen Vorgang sich abspielen. Es scheint, als ob die Völker, neben der Absperrung durch Zollmauern, sich neuerdings auch durch das Mittel der Propaganda voneinander abschließen wollten. Früher als bei uns

hat man die überragende Bedeutung des inneren Marktes im Ausland erkannt — und hat daraus die praktischen Folgerungen gezogen. Man wird für stärkeren Konsum heimischer Erzeugnisse und sucht auf jede Weise den Verbrauch fremder Waren einzuschränken. Wobin wir bilden: fast überall stoßen wir auf derartige Entscheidungen. In England beispielsweise wird jedem Briten täglich eingehämmert, daß englische Waren die besten in der Welt seien. Jeder von der englischen Post beförderte Brief erhält einen Stempel „British goods are best“ (englische Waren sind die besten) oder einen ähnlichen. Und davon verspricht sich England bis zu einem gewissen Grad Abhilfe von einem der lästigen traditionellen Übel, an dem Großbritannien krank — der Arbeitslosigkeit. Auch in andern Ländern appelliert

man an die verständnisvolle Haltung der Bevölkerung: in den Vereinigten Staaten sehen wir einen wirtschaftlichen Nationalismus fräftig ausgeprägt, der sich in einer großzügigen Werbetätigkeit für den Konsum heimischer Erzeugnisse äußert. In Kanada, Japan, Frankreich und andern Ländern finden wir eine ähnliche, mit allen Mitteln der Überredungskunst, des Pathos und des Gefühls arbeitende Werbung. Am eifrigsten betätigt sich auf diesem Gebiet Italien. Dort, wo man neuerdings überspitzte Formulierungen liebt, hat man das Wort von den „Wirtschaftsdefektoren“ geprägt — worunter die Italiener ihre Kandleute mit der unheilbaren Dorkie für ausländische Waren verstehen. Ausgänge in den Straßenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln fordern zum Kauf italienischer Waren auf. Aber man geht dort noch weiter: vor nicht langer Zeit hat die italienische Regierung alle von ihr abhängigen Behörden, Gemeinden und gemischt-wirtschaftlichen Betriebe angewiesen, ihren gesamten Bedarf im Inland zu decken, selbst dann, wenn das inländische Angebot um 5 bis 10 v. H. höher sein sollte als das einer ausländischen Firma. Also selbst wichtige fiskalische Interessen gibt die Regierung Mussolinis preis — um der Stärkung des inneren Marktes willen. Tatsächlich ist durch diese und ähnliche Maßnahmen der deutsche Export nach Italien schwer betroffen worden.

Wir in Deutschland werden nun gut tun, uns von allen Gedankengängen und Experimenten fernzuhalten, die nach Wirtschaftshumanismus schmecken. Immerhin ergibt sich aus diesen Vorgängen im Ausland — im Zusammenhang mit den zollpolitischen Erschwernungen des Handels — für uns eine eigenartige und schwierige Situation. Wir müssen ins Ausland exportieren, einmal, weil wir mit den Einkünften aus unserer Warenausfuhr die uns fehlenden Rohstoffe und Nahrungsmittel im Ausland beschaffen. Dann aber auch, weil wir die uns auferlegte Kriegsentwicklungs- und Exportüberschüssen abtragen können. Nun ergibt sich aber der höchst paradoxe Zustand, daß das Ausland — das gleiche Ausland, das an der prompten Zahlung dieser Tribute interessiert ist — sich mit allen Mitteln gegen die Aufnahme deutscher Waren sträubt. Dieser Zustand, diese planmäßige Abschließung des Weltmarktes (oder doch eines erheblichen Teiles), in Verbindung mit der natürlichen Begrenztheit unserer Exportmöglichkeiten hat aber ein Gutes gehabt: er hat uns angeregt, mehr als bisher über die Bedeutung des inneren Marktes für unsere wirtschaftliche Zukunft nachzudenken. Er ist der Haupttragspfeiler unserer Wirtschaft, von ihm hängt hauptsächlich das Wohlergehen der großen Wirtschaftszweige, der Industrie, des Gewerbes, der Landwirtschaft und damit auch der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung ab. Versagt der Binnenmarkt in seiner Eigenschaft als Konsumfaktor, ist seine Konsumfähigkeit aufgehoben oder stark eingeschränkt, oder richtet er seinen Bedarf, anstatt auf einheimische Erzeugnisse, vorwiegend auf die Produkte anderer Länder, so wird auf die Dauer die Lebensfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft unweigerlich in Frage gestellt.

Nun soll gegen seiner wirtschaftlichen Abschließung unseres Landes vom Ausland das Wort geredet werden. Ein gesunder Wettbewerb ist an sich nützlich und für manche heimischen Gewerbegebiete sogar in hohem Grade förderlich. Auch muß man sich darüber klar sein: wer nach dem Ausland verkaufen will, muß auch vom Ausland kaufen. Aber diese Käufe vom Ausland müssen für ein Land mit einem Millionenheer von Arbeitlosen, sich auf einem ertäglichen Niveau halten. Denn jede Einfuhr, die im volkswirtschaftlichen Sinne nicht notwendig ist, nimmt deutschen Arbeitskräften Arbeitsgelegenheit und Brot.

Nun könnte man einwenden: Ja, ist denn das Problem für uns wirklich so akut? Wer die Wirtschaftsvorgänge ver-

folgt, weiß doch, daß die Einfuhr gar nicht mehr so groß ist. Es fehlte nicht viel, und wir hätten 1926 eine aktive Handelsbilanz gehabt; d. h. die Einfuhr fremder Waren hat im vergangenen Jahr die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse nicht wesentlich überlegen — im Gegensatz zu 1925, wo der Einfuhrüberschuß im reinen Warenverkehr nicht weniger als 5,6 Milliarden betrug.

Darauf möchte ich erwidern: Richtig ist, daß das eben abgelaufene Jahr einen Rückgang der Einfuhrmengen gebracht hat, der auf manchen Gebieten sogar beträchtlich ist. Aber dieses Jahr 1926 war wirtschaftlich in jedem Betracht ein Ausnahmejahr, und man wird auch die vorangegangenen Jahre berücksichtigen müssen, um ein Bild von dem Bedarf des deutschen Konsums an ausländischen Produkten zu gewinnen. Ich nannte das Jahr 1926 ein Ausnahmejahr, denn in seinem Verlauf erreichte die Wirtschaftskrise bei uns ihren Höhepunkt. Durch Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit ging das Arbeitseinkommen der Bevölkerung stark zurück. Die Folgen äußerten sich in einer starken Verminderung des Konsums. In anderer Umfänge, deren Erörterung hier zu weit führen würde, halben den Einfuhrbedarf in diesem Jahr verringern. Aber bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 hat die allmähliche Besserung der Wirtschaftslage zu einem neuerlichen Anstieg der Einfuhrziffern geführt, und zwar in einem solchen Umfang, daß die Einfuhr der letzten Monate 1926 diejenige der entsprechenden Monate des Jahres 1925 wesentlich übersteigt. Im ganzen haben wir im Jahre 1926 allein für Lebensmittel fast 3 Milliarden 600 Millionen Reichsmark ins Ausland abgeführt. Im Jahre 1925 hatte sich unser Bedarf an ausländischen Lebens- und Genussmitteln sogar auf 4 Milliarden belaufen.

II.

Man macht sich nun im allgemeinen keine zureichende Vorstellung von der Verteilung dieser gewaltigen Summen auf die einzelnen Zweige des Nahrungsbedarfs. Zunächst allerdings werden wir unterscheiden müssen zwischen notwendigem Einfuhrbedarf — notwendig aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen — und zwischen entbehrlicher Einfuhr. Zu dem notwendigen Einfuhrbedarf rechne ich zum Beispiel, abgesehen von fehlenden Getreidemengen, die Einfuhr von ausländischem Getreide, auf die wir bei der Notlage großer Bevölkerungsschichten vorläufig nicht verzichten können. Auch auf gewisse andere Lebensmittel trifft dies zu. Aber ein erheblicher Teil der Jahr für Jahr eingeführten Lebens- und Genussmittel ist entbehrlich und beläuft in unerträglicher Weise unsere Handelsbilanz, verschärft überdies die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Ist es z. B. unermesslich, daß wir im vergangenen Jahr allein für Südfrüchte — für Bananen, Ananas, Apfelsinen usw. — mehr als 178 Millionen RM. ins Ausland abgeführt haben? Ausländisches Obst und ausländisches Gemüse überschwebten zeitweise unseren Markt. Im Erntejahr 1924/25 führten wir allein für Obst und Gemüse rund 580 Millionen RM. an das Ausland ab. Im Erntejahr 1925/26 betrug diese Summe immer noch 443 Millionen RM. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1915/16 dagegen führten wir nur für insgesamt 507 Millionen M. Obst und Gemüse ein. Trotz der verringerten Kaufkraft der Bevölkerung hat also das Deutschland der Nachkriegsjahre einen erheblich höheren Einfuhrbedarf an Gemüse und Obst als das größere und reichere Deutschland der Vorkriegszeit. Hunderte von Millionen Mark könnten erspart werden und der eigenen Wirtschaft zugute kommen, wenn man in Deutschland mehr als bisher Obst und Gemüse heimischer Erzeugung verzehren würde. Wie die Dinge aber liegen, ist es durch die verhängnisvolle Bevorzugung ausländischer Produkte dahin gekommen, daß unser Obst teilweise überhaupt nicht mehr gepflückt wurde und daß gewisse Gemischarten ungeerntet auf dem Feld blieben.

Im vergangenen Jahr berichtete eine Tageszeitung, daß Berlin wöchentlich 2½ Millionen Bananen verzehre. Regen wir einen Durchschnittspreis von 15 Pf. je Banane zugrunde, so gibt allein die Reichshauptstadt für diese Frucht wöchentlich 375 000 RM., monatlich mehr als 1½ Millionen RM. aus.

Schiller.

Auf die Einfuhr von andern Lebens- und Genussmitteln, von ausländischen Weinen usw., möchte ich hier nicht näher eingehen, obgleich auch für solche Erzeugnisse Jahr für Jahr erhebliche Summen ins Ausland gehen. Dem ist z. B. bekannt, daß wir für holländische, polnische, italienische und andere Eier im Jahre 1925 fast 500 Millionen RM. ins Ausland abgeführt haben? Aber ein besonders wichtiges Gebiet der Lebensmittelversorgung soll hier noch getreift werden — die Versorgung mit Molkeerzeugnissen. Denn hier handelt es sich um Werte von außerordentlich großem Umfang. Für amerikanische, dänische und holländische kondensierte und fertifizierte Milch, für dänische Butter, holländischen, Schweizer und französischen Käse müssen wir infolge der starken Nachfrage alljährlich Hunderte Millionen Mark ins Ausland geben. Auch hier ist ein Vergleich mit der Vorkriegszeit aufzuführen. Er zeigt uns, wie gerade auf diesem Gebiet die Nachfrage nach ausländischen Produkten gestiegen ist. Hatten wir im letzten Vorkriegsjahre (1913) eine Gesamteinfuhr von Molkeerzeugnissen in Höhe von 187 Millionen M., so hat sich diese Einfuhr im Jahre 1925 um das Mehrfache gesteigert, und zwar auf 566 Millionen RM. Im Jahre 1926 ist zwar auch die Einfuhr von Molkeerzeugnissen gesunken, aber sie ist immer noch unerträglich hoch. Wir müssen uns fragen: Sind diese lediglich für Molkeerzeugnisse ins Ausland gehenden ungeheuren Summen einzusparen und der eigenen Volkswirtschaft nutzbar zu machen? Machen wir uns einmal klar, welche Werte man damit im Lande selbst schaffen könnte. Für den Einfuhrbetrag des Jahres 1925 allein an Molkeerzeugnissen hätten wir mehr als 70 000 Eigenhäuser von drei Zimmern oder eine entsprechend höhere Zahl von Mietwohnungen bauen können, und wir hätten einen gewaltigen Schritt zur Hebung der Wohnungsnot getan. Anders ausgedrückt: Diese Summe, für Wohnzweck verwendet, würde uns in den Stand setzen, ungefähr 300 000 Arbeitern im Jahre Lohn und Beschäftigung zu geben.

Nun liegt, vom Konsumentenstandpunkt gesehen, der Einwand nahe — und er ist zweifellos bis zu einem gewissen Grade berechtigt —: wenn wir ausländische Ware kaufen, so tun wir's, weil sie besser ist als die deutsche. (Billiger ist sie wohl nur in den seltensten Fällen.) Man muß sich darüber klar sein, daß der Einwand an ein sehr bedeutungsvolles Problem der landwirtschaftlichen Erzeugung rührt: die Frage der Qualitätsverbesserung und der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Konsumenten. Im Ausland, namentlich in dem Teil des Auslandes, der hauptsächlich für den Export produziert, hat man die Wichtigkeit dieser Frage längst begriffen und daraus die nötigen praktischen Folgerungen gezogen — in den Vereinigten Staaten sowohl, wie in Australien, in Holland wie in Dänemark. Dort geht man bei der Produktion von Lebensmitteln vor allererst von der Frage aus: entspricht die Ware, die wir erzeugen, in Qualität und Aussehen den Erfordernissen des Marktes, den Wünschen des Käufers? Man macht dem Publikumsgeheim und seinen wechselnden Formen jedes nur erdenkliche Zugeständnis — bis auf die Verpackung der Ware. Durch diese Anpassung an den jeweiligen Bedarf des Konsument ist es der ausländischen Konkurrenz möglich gewesen, auch in Deutschland Fuß zu fassen — und das in einem solchen Ausmaß, daß eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Volkswirtschaft heraufbeschworen wurde. Zum Glück mehren sich die Anzeichen, daß auch die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung in immer höherem Grade die Anpassung an die Wünsche der Konsumentenchaft anstrebt. Die Frage der Standardisierung spielt dabei eine an Bedeutung immer mehr wachsende Rolle — die Schaffung von Waren typen auch auf dem Gebiet der Lebensmittelherzeugung, von hochwertigeren Produkten, einheitlich sowohl in der Qualität wie in der äußeren Aufmachung, in der Verpackung der Ware usw. Manches auf diesem Gebiet bleibt aber noch zu tun, bis das erreicht sein wird, was wir mit einem Schlagwort als die „Industrialisierung der Landwirtschaft“ bezeichnen. Aber diesen Bestrebungen wird nur dann Erfolg beschieden sein, wenn die deutschen Verbraucher auch ihrerseits zu einer Lösung des Abgabeproblems beitragen und sich beim Einkauf eine Frage vorlegen, die bisher in der Regel vernachlässigt wurde — die Frage nämlich: handelt es sich um Inlands- oder

Auslandsware, und wenn die deutschen Konsumenten bei gleicher Qualität und gleichem Preise sich für das deutsche Erzeugnis entscheiden. Die Macht des Konsumenten reicht da sehr weit. Es geht den großen Wirtschaftszweigen, der Landwirtschaft, der Industrie, genau so wie dem einzelnen Geschäftsbetriebe: je mehr Zuspruch vorhanden ist, je lebhafter der Geschäftsgang und je größer der Umsatz — desto leistungsfähiger auch der Betrieb, desto besser die Qualität der Ware, desto billiger ihr Preis.

III.

Societät über das Nahrungsmittelproblem. Seine Betrachtung lenkt uns auf die Frage der industriellen Erzeugung und der Einfuhr von Waren aller Art. Ich werde mich dabei auf die Einfuhr von fertigerzeugnissen beschränken können, und zwar von solchen Erzeugnissen, die bei uns in der gleichen Beschaffenheit und zu gleichem Preise hergestellt werden. Auch die Einfuhr von Fertigfabrikaten ist gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegen. Hatten wir im letzten Vorkriegsjahre einen Import von Fertigwaren im Werte von 1,4 Milliarden, so ist er im Jahre 1925 auf 2 Milliarden gestiegen. Im Jahre 1926 ist diese Einfuhr zurückgegangen, ohne daß wir jedoch daraus optimistische Schlüsse auf die künftige Entwicklung ziehen dürfen. Wir haben gesehen, wie das Jahr 1926 in jeder Hinsicht ein Ausnahmejahr war. Im großen ganzen bestätigt aber auch das Einfuhreergebnis dieses Jahres eine Erfahrung, die wir in den Nachkriegsjahren fast auf der ganzen Linie machen konnten. Sie liegt in der Hauptsache auf psychologischem Gebiet: in Deutschland wirkt die in den ersten Nachkriegsjahren entstandene Überzeugung von der höheren Qualität ausländischer Erzeugnisse und der Unterlegenheit gleichartiger deutscher Waren unvermindert fort. Diese hohe Meinung von dem Wert ausländischer Erzeugnisse hat sich in der Verbraucherschaft vielfach zu einem Vorurteil gegen deutsche Erzeugnisse herausgebildet, das seinen Ausdruck findet in den Ausweisen der Einfuhrstatistik. Ob wir den deutschen Kraftwagenbau betrachten oder die Textilindustrie, die Uhrenindustrie oder die Feinmechanik, die Herstellung kosmetischer Erzeugnisse oder die Hutfabrikation, die Industrie der Rasterfliegen und -apparate oder andere — fast überall finden wir dieses Vorurteil, und besonders stark vertreten in den Schichten der Konsumentenchaft, auf die es am meisten ankommt: in den kaufkräftigsten nämlich. Von einer Überlegenheit ausländischer Ware zu sprechen, ist in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr sachlich begründet. Trotzdem sehen wir nach wie vor eine starke Nachfrage nach ausländischer Ware, selbst auf Gebieten, auf denen die deutsche Erzeugung eine führende Stellung in der Welt einnimmt. Ein charakteristisches Beispiel dafür bietet die Industrie der Kraftwagen und Fahrräder. Der frühere Vorsprung des Auslandes ist im wesentlichen eingebolt, und trotzdem zeigt sich hier die abfällige Beurteilung des Wertes deutscher Arbeit deutlicher als irgendwo anders. Unser Augenhebel mit Automobilen ist, im Gegensatz zur Vorkriegszeit, stark passiv. Allein für Personenkraftwagen haben wir im vergangenen Jahre für über 45 Millionen RM. ins Ausland gegeben, zum großen Teil für Luxuswagen. Rückblicken auf das Los der davon betroffenen deutschen Arbeiter haben da keine Rolle gespielt — und doch handelt es sich um rund 140 000 deutsche Familien, die mittelbar und unmittelbar von der deutschen Automobilindustrie leben, die mit dem Erliegen dieser Industrie brotlos würden. Weiter: Deutschland besitzt eine der leistungsfähigsten Textilindustrien der Welt. Trotzdem war es schon vor dem Kriege in gewissen Kreisen Standesgelehr, ausländische, vorwiegend englische Stoffe zu kaufen. Man ging sogar mit-

Der Mensch bedarf des Menschen sehr
zu seinem großen Ziele:
nur in dem Ganzen wirkt er,
viel Tropfen geben erst das Meer.

Schiller.

unter soweit, auch das Anfertigen des Anzugs in London beforgen zu lassen. Heute herrscht wieder, hier wie anderswo, ein unerkennbarer Luxus. Wie überhaupt die Nachkriegsjahre dadurch gekennzeichnet sind, daß stärker als früher der Gegensatz zwischen arm und reich klappt; daß unermittelt neben der härtesten Entbehrung ein bedenkenloses Luxusbedürfnis sich breitmacht — ein Luxusbedürfnis, das sich wiederum zum großen Teil auf ausländische Ware richtet. Zwar ist das Problem unstritten, ob für ein Volk in der Lage des deutschen Luxusbedürfnisse an sich statthaft oder gar volkswirtschaftlich erwünscht seien (weil man sich unter Umständen davon eine Anfechtung des Marktes verspricht); unbestritten aber und jenseits aller Problematik steht die Tatsache, daß die Befriedigung von Luxusbedürfnissen durch ausländische Erzeugnisse nicht zu rechtfertigen ist. Die Zahlen des Außenhandels mit Fertigerzeugnissen der Textilindustrie geben über die wirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Verhaltens Aufschluß. Die Einfuhr von Geweben aus Baumwolle — also von Stoffen, Wirtwaren, Strümpfen, Wäsche usw. — ist von 71 Millionen im letzten Vorkriegsjahre auf 225 Millionen im Jahre 1925 gestiegen. Man made sich klar, wie stark diese Einfuhrposten unsere Handelsbilanz belasten, wieviel Tausenden deutscher Arbeiter Beschäftigung und Brot dadurch gewonnen wird — wohlgerneht nur auf solchen Produktionsgebieten, auf denen wir mindestens in dem gleichen Grade leistungsfähig sind, wie das Ausland. Die Textilindustrie gibt gegenwärtig etwa 900 000 deutschen Arbeitern Beschäftigung — sie könnte eine unvordringlich höhere Zahl von Arbeitskräften aufnehmen, wenn der deutsche Konsument sich der ganzen Tragweite seines Verhaltens bewußt wäre. Sehr charakteristisch sind auch die Erscheinungen auf dem Gebiet der Kosmetischen Industrie. Unser Bedarf an kosmetischen Mitteln ist erheblich gewachsen. Früher galten ausländische, speziell französische Erzeugnisse als besonders gut und preiswert. Sie konnten diese Prädikate mit einem gewissen Recht solange beanspruchen, als die deutsche chemische und kosmetische Industrie nicht auf den Grad der Leistungsfähigkeit gesteigert war, den sie heute behauptet. Umpwälzende Erfindungen im Bereich der Kosmetikherstellung, die ihren Ursprung in Deutschland hat, haben zu dieser Leistungssteigerung beigetragen. Es ist charakteristisch, daß z. B. Frankreich vor dem Krieg ganz erhebliche Mengen synthetischer Kosmetika aus Deutschland bezog, um sie, lediglich mit der Pariser Marke versehen, wieder bei uns einzuführen. Der Vorprung unserer chemischen Industrie ist unbestreitbar — warum sollte gerade die deutsche Seifen- und Parfümeriefabrikation, die doch nichts anderes als einen Zweig der deutschen chemischen Industrie darstellt, von diesem Vorzug ausgeschlossen sein? Kölner Firmen besitzen in der Herstellung von Kölnisch-Wasser eine überragende, geradezu monopolartige Bedeutung, woran auch nichts durch den Umsatz geändert werden kann, daß eine der bekanntesten Pariser Parfümeriefirmen das Zeichen Eau de Cologne sich in Frankreich schützen ließ und es damit der deutschen Industrie unmöglich machte, ihr Erzeugnisse in Frankreich so zu benennen. Ein Zeichen dafür, daß von französischer Seite die Überlegenheit der deutschen Konkurrenz gefürchtet wird. All das aber hat nicht verhindern können, daß die Nachfrage nach kosmetischen Mitteln fremder Herkunft immer weiter wächst und die Einfuhr derartiger Parfümerien von 4,2 Millionen RM. im Jahre 1925 auf etwa 5,8 Millionen im vergangenen Jahre gestiegen ist. Zwar ist die deutsche Parfümeriefabrikation, verglichen mit den großen Industrien, von minderer Bedeutung; aber man vergesse nicht, daß auch sie rund 40 000 Arbeitern Beschäftigung bietet.

IV.

Die Eifer der verschiedenen ausländischen Waren, die von dem gerade in den kaufkräftigen Schichten unseres Volkes herrschenden Vorurteil gegen heimische Erzeugnisse profitieren, ließe sich beliebig verlängern. Ich glaube aber darauf verzichten zu können. Nur ein Gesichtspunkt soll noch einmal zur Erwägung gestellt werden: die schwere Belastung, die unser Arbeitsmarkt durch diese überbelegte Nachfrage nach ausländischen Erzeugnissen erfährt. Man hat versucht, durch Berechnungen zu ermitteln, wieviel Arbeitskräfte bei uns entbehrllich gemacht werden durch

die Einfuhr fremder Waren. Wissenschaftlich exakte Berechnungsmethoden gibt es nicht. Die Schätzungen, die man verschiedentlich versucht hat, schwanken etwa zwischen 2000 und 4000 RM. pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung; d. h. man glaubt sagen zu können: eine Einfuhr in Höhe von 2000 bis 4000 RM. schaltet im Jahre eine deutsche Arbeitskraft aus dem produktiven Arbeitsprozeß aus, macht sie entbehrlich und überantwortet sie der Erwerbslosenfürsorge. Ich sehe davon ab, auf dieser schwankenden Grundlage eine Berechnung anzustellen, wieviele unserer notleidenden, arbeitswilligen, aber durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zum feiern gezwungenen Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden könnten, wenn die deutsche Verbraucherschaft ihr Teil dazu beitrüge. Daß aber viele Tausende bei stärkerer Berücksichtigung des heimischen Marktes dauernd Beschäftigung finden würden, steht außer jedem Zweifel. Wir wissen heute, daß die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nicht lediglich von Konjunkturerhältnissen bestimmt wird, sondern sehr wesentlich auch von bevölkerungspolitischen Umfichtungen seit dem Kriege, von einer starken Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit. Eben darum ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein Problem, mit dem wir uns auf lange Sicht auseinandersetzen haben werden, eine wirtschaftliche Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Die deutsche Verbraucherschaft hat es nun, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, in der Hand, ihr Abbüßen zu schaffen. Und innerhalb der Verbraucherschaft sind es wiederum die Frauen, auf denen die Verantwortung zum größten Teil ruht. Das wird manchem unwarscheinlich klingen. Ich möchte also meine Behauptung erhärten. In New York und in einer europäischen Hauptstadt — wenn ich nicht irre, in Wien — hat man kürzlich sehr interessante statistische Erhebungen veranstaltet. Man hat in Warenhäusern den Prosentatz von Käufern und Käuferinnen zu ermitteln versucht und hat übereinstimmend gefunden: mehr als 80 v. H. aller Einkäufe werden von Frauen getätigt. Nicht etwa, was natürlig, Einkäufe von Lebensmitteln und Haushaltsartikeln; nein, auch fast alle andern Waren werden vorwiegend von Frauen gekauft: Klaviere ebenso wie Kleidungsstücke, Beleuchtungskörper wie Möbel. International läßt sich bei den Männern eine Eigenschaft feststellen, die man nicht anders als „Kaufhau“ bezeichnen kann. Und diese Kaufhau der Männer geht soweit, daß sogar spezifische Herrenartikel, wie Oberhemden, Strümpfe, Krawatten, überwiegend von Frauen eingekauft werden. (Nur bei Zigarren liegt das Verhältnis anders.) Über gerade darum ruht auf der Frau eine besondere Verantwortung. Sie kommt ihr in der Mehrzahl der Fälle nur nicht zum Bewußtsein. Diese Verantwortung wird uns in ihrem ganzen Umfang klar, wenn wir folgende Überlegung anstellen: Von dem deutschen National-Einkommen, das gegenwärtig auf etwa 50 Milliarden RM. jährlich geschätzt wird, entfallen rund 37 Milliarden RM. auf Gehalts- und Lohnempfänger. Bei der durchschnittlichen Höhe der Einkünfte in Deutschland ist anzunehmen, daß der weitaus überwiegende Teil dieser Summe dem Konsum zugeführt wird, vorwiegend also durch die Hände der Frauen geht. Sie, die deutsche Hausfrau, die am Ultimo des Monats oder der Woche ihr Wirtschaftsgeld empfängt, um es in Waren und Lebensmittel anzulegen, ist in diesem Sinne die Kassenführerin der Nation, wenn man will: die Treuhänderin. Macht sie den richtigen Gebrauch von den ihrer Verfügung anvertrauten Summen, so dürfen wir hoffen, daß es in Zukunft um den Abtatz deutscher Waren im Inlande besser stehen wird. Dann wird auch der Selbsthilfe der Konsumenten erreichbar sein, was selbst der geschicktesten Handelspolitik nicht immer glückt: einen gerechten Ausgleich herbeizuführen zwischen dem Anspruchsinteresse Deutschlands und den Erfordernissen des heimischen Marktes. Darüber hinaus aber wird die Verbraucherschaft die Bemühtungen haben, an der Lösung einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes praktisch mitzuarbeiten: Hunderttausende nach Arbeit ausgefretete Hände — anfangt mit der dürftigen Erwerbslosenunterstützung — mit dem Besen zu fällen, was wir ihnen zu geben vermögen: mit Arbeit!

Wirtschaftskrise und Arbeitsmarkt.

Von Wilhelm Eggert.

Zu Anfang 1926 hatte die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht. Sie glied damals in Wacht und Wirkung — das Bild ist erlaubt — einem reinigenden Gewittersturm, der alles Morische zerbricht und vernicht. Da war kein Flecklein des wirtschaftlichen Lebens, kein Zweig der Industrie und des Gewerbes, des Handels und der Finanzwelt, an dem sie nicht prüfend gerüttelt hätte. Sie traf mit bis dahin ungekannter Schwere die Gesamtheit der wirtschaftlichen Beziehungen. Nur einen wichtigen Faktor traf sie nicht: den Arbeitswillen des deutschen Volkes.

Der Zusammenbruch, der für die Schöpfung einer neuen tragfähigen Wirtschaftsgrundlage unerlässlich war, wirkte beinahe erschreckend. So stiegen z. B. die Zahlen der monatlich eröffneten Konten für 797 im Juli 1925 auf 2092 im Januar 1926, die der monatlichen Geschäftsaufkäufe im gleichen Zeitraum von 375 auf 1555. Daneben wurden ganze Unternehmen, die vom Konkurs verschont blieben, wegen Mangel an Aufträgen geschlossen. Andere Betriebe schränkten ihre Tätigkeit durch verléirte Arbeitszeit zum Teil sehr erheblich ein. Unter diesen Umständen schwoll das Heer der Erwerbslosen rasch zu Millionen an. Allein die Zahl der hauptunterstützten Erwerbslosen stieg von 198 000 im Juli 1925 auf 2 031 000 im Februar des verfloffenen Jahres. Zu diesen 2 Millionen hauptunterstützten Erwerbslosen kamen schätzungsweise noch 1 Million Nichtunterstützter, außerdem kamen auf je 100 Mitglieder der Arbeiterfachverbände 19,5 männliche und 33,1 weibliche Kurzarbeiter. Neben der deminglichen Hilfe der Gesellschaft für die Erwerbslosen erforderte auch die organisierte Selbsthilfe der Gewerkschaften viel sie wie für die Kurzarbeiter erhebliche Mittel. Insofern wurden auch die Gewerkschaften von der Wirtschaftskrise schwer getroffen.

Nahmen bis zum Februar 1926, im Anstieg der Krise, die steigenden Zahlen der Erwerbslosen mit denen der monatlich eröffneten Konten und Geschäftsaufkäufe eine gewisse parallele Entwicklung, so änderte sich von da ab plötzlich die Situation. Die Zahlen der Konten und Geschäftsaufkäufe fallen von Monat zu Monat scharf ab und sinken sogar vom Juli an weit unter die Durchschnittszahl der monatlichen Konten des wirtschaftlichen Bilanzjahres 1913 herab, das je Monat 815 Konten aufzuweisen hatte, während die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter nach einer Senkung auf 1,3 Millionen stehen bleiben und gegen Ende des Jahres wieder eine Aufwärtsentwicklung annehmen. Die Wirtschaft beginnt sich um die Mitte des verfloffenen Jahres zu bessern. Die Energie des deutschen Volkes in allen seinen Schichten hat dem frischen Ausland Vertrauen eingeblüht. Ausländische Kapitalmärkte luden deshalb Anlage in der deutschen Wirtschaft. Die Rationalisierung wird ein gut Stück vorwärts getrieben. Ihre technischen Erfolge in der Verbilligung der Produktionskosten und in der Steigerung der Arbeitsleistungen wurden sichtbar. Die wenigen kapitalistischen Zentralpunkte, die wir in Deutschland über die Keilungssteigerungen besitzen, sind doch ausdngreich genug, um sich ein ungefähres Gesamtbild des Erfolges der Rationalisierung zu machen. So erhöht sich z. B. die Keilungen im Ruhrbergbau, allerdings nicht lediglich infolge der Rationalisierung, sondern auch auf Grund intensiver Arbeit der Bergleute, von 1915 (= 100) auf 105,0 im Jahre 1924, auf 113,8 im Jahre 1925 und auf 120,2 im November 1926. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Keilungssteigerungen ist um so höher zu werten, als sie bei einem Rückgang

der Zahl der Belegschaften von 428 800 im Jahre 1915 auf etwa 375 000 im November des verfloffenen Jahres erzielt worden sind.

Auch in der Hütten- und Holzverarbeitungsindustrie ist die Keilungssteigerung zahlenmäßig bekannt. Setzt man hier das Arbeitsergebnis vom Januar 1925 gleich 100, so feierte sich die Tagesleistung je Arbeiter in der Rohstahlerzeugung auf 125,8, in der Rohstahlproduktion auf 137,6 im November des verfloffenen Jahres.

Angesichts dieser Keilungssteigerungen infolge der Rationalisierung, die auf den zwei bedeutendsten Wirtschaftszweigen zahlenmäßig festzulegen, darf angenommen werden, daß auch auf den übrigen Gebieten in ähnlichem Ausmaß Keilungssteigerungen zu verzeichnen sind. Sie sind zu verzeichnen bei gleichzeitiger Rückgang der Zahlen der Betriebsbelegschaften. Das erhöht ihre Bedeutung.

Nach auf einem anderen wichtigen Gebiete hat die deutsche Wirtschaft anerkennenswerte Fortschritte gemacht: auf den ausländischen Märkten. Dort draußen in der Welt war es ihr möglich, langsam ihren Umsatz zu erhöhen und ihr Absatzgebiet zu erweitern. Deutschland ist angesichts seiner Bevölkerungsverhältnisse und der Struktur seiner Wirtschaft auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen, die hier im Lande veredelt und dann als Halbfabrikate oder Fertigwaren wieder zurück auf die ausländischen Märkte getragen werden müssen. Dadurch wird die Ausfuhr von Fertigwaren zu einem wichtigen Ertrager der deutschen Wirtschaft. Und gerade die Position Fertigwaren konnte in ihrem Umsatz auf den Märkten der Welt gesteigert werden. Sie stieg von 555 Millionen im August 1925 auf 686 Millionen im März 1926 und hielt sich nach einer mäßigen Senkung fortdauernd über der früheren Höhe; sie betrug im November des verfloffenen Jahres 578 Millionen, also weit mehr als im August 1925, da die deutsche Wirtschaft noch kaum irgendwelche Erwerbslosen aufzuweisen hatte.

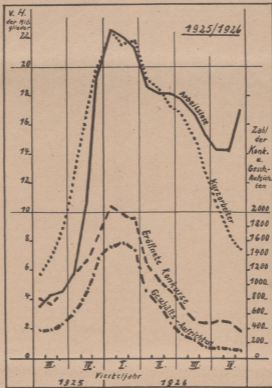
Dieser wirtschaftliche Entwicklungsgang, der im Anstieg der Krise die Zahlen der Konten und Geschäftsaufkäufe mit den Zahlen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter in gewisser Parallele gemeinsam anwachsen läßt, dann aber die wirtschaftliche Seite

günstiger, die Seite des Arbeitsmarktes hingegen weniger günstig gestaltet, findet in der obenstehenden Kurvendarstellung seinen sichtbaren Ausdruck. Die Kurven über die Arbeitslosen und Kurzarbeiter beruhen auf v. H. der Mitglieder der Arbeiterfachverbände, die der monatlich eröffneten Konten und die der Geschäftsaufkäufe auf amtlichem Zahlenmaterial.

In diesem deutschen Kurvenbild bedarf nur noch die Kurzarbeit einer Erläuterung. Sie läßt sich nicht allein aus der Zahl der Kurzarbeiter, sondern erst im Zusammenhang mit ihr aus den Zahlen der ausfallenden Arbeitsstunden übersehen. Die folgenden Zahlenreihen zeigen eine Gliederung der Kurzarbeiter nach der Zahl der ausfallenden Wochenstunden.

Von je 100 Kurzarbeitern arbeiten verfürzt (jeweils am Ende des Monats):

	Dez.	Nov.	Ok.	Sept.	Aug.	Juli	Juni	Mai	April
1 — 8 Std.	56,6	57,9	55,6	50,8	28,5	25,0	25,8	25,2	22,5
9 — 16 Std.	50,1	52,5	54,6	54,6	35,1	55,6	52,9	51,7	50,9
17 — 24 Std.	25,8	21,0	21,6	25,0	28,2	50,7	51,6	52,9	52,9
25 und mehr	9,5	8,5	8,2	9,6	10,4	11,7	11,7	12,2	13,7



Die charakteristischen Züge der wirtschaftlichen Entwicklung sind demnach diese: Die Wirtschaft befindet sich im Stadium der Erholung, der Arbeitsmarkt hingegen ist nach wie vor mit etwa 1½ Millionen völlig Erwerbslosler belastet. Weder mit dem Mitteln der Sozialpolitik allein, den Tarifarbeiten und der Erwerbslosenunterstützung, noch auf dem Wege des Strebens nach Steigerung der deutschen Ausfuhr ist die Lösung des Arbeitsmarktproblems möglich. Der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Gesamtproduktion der deutschen Wirtschaft beträgt 20 bis 30 v. H. Auf dieser schmalen Basis allein kann der deutsche Arbeitsmarkt nicht gehoben werden. Gemäß müssen wir dem Streben nach Erhöhung der Ausfuhr alle Kräfte weihen. Aber dem Erfolg dieses Strebens

sind Grenzen gesetzt, künstliche durch den Schutz Zoll, natürliche durch die fortschreitende industrielle Entwicklung in der Welt. Der Inlandmarkt ist daher in erster Linie die Basis, auf der die Lösung des Arbeitsmarktproblems erfolgen muß. Hier muß durch Verbilligung der Warenpreise und durch Erhöhung der Gehälter und Löhne der großen Verbraucherklassen die Erweiterung des Marktes, die Steigerung des Umsatzes angestrebt werden. Durch Steigerung der Kaufkraft und Erhöhung des Umsatzes, durch Einschränkung der Überarbeit und den geistlichen Lichtsundentag können die Erwerbslosen in die Betriebe zurückgeführt werden. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann von einem befriedigenden Wirtschaftsstand gesprochen werden.

Die politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien.

Von Hauptmann Hans Rohde, Berlin.

Die politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien ist in den letzten Monaten wieder stark in den Vordergrund allgemein-politischen Interesses getreten. Die äußere Veranlassung hierzu geben einmal Verhandlungen, die Anfang November in Angora und Moskau stattfanden zwischen der Türkei, Persien, Afghanistan und Sowjetrußland, dann aber vor allen Dingen die Zusammenkunft Chitichikins mit dem türkischen Außenminister Lewki Rüşdi-Bei in Odessa. Alle diese Vorgänge, die ein besonderes Gepräge noch erlitten durch die gleichzeitige politische Annäherung Japans und der Türkei und den Besuch des chinesischen Gesandten in Washington, Dr. Sze in Angora, haben die Aufmerksamkeit der Welt wieder in stärkstem Maße auf die politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien gelenkt. Sie haben im Zusammenhang damit zu Erörterungen über diese geführt, die in ihren letzten Schlussfolgerungen zweifellos viel zu weit gehen und es daher geboten erscheinen lassen, sich einmal etwas eingehender mit der politischen Entwicklung in Vorder- und Mittelasien zu befassen und sich an der Hand einer solchen Betrachtung über die Bedeutung dieser Entwicklung und die sich aus ihr ergebenden weltpolitischen Möglichkeiten klar zu werden.

Die politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien wird, wie vor dem Weltkriege, so auch heute in erster Linie bestimmt durch den englisch-russischen Gegensatz und das politische Ringen beider Mächte um die Vorherrschaft in Asien. Weiterhin wird sie bestimmt durch das Bestreben der Türkei, Persiens und Afghanistans nach Wahrung und Festigung ihrer politischen Selbständigkeit, sowie schließlich durch die Beziehungen, die sich hieraus ergeben haben zwischen der Türkei, Persien und Afghanistan einerseits und zwischen diesen drei Ländern und Sowjetrußland andererseits. Diese Beziehungen waren die Folge der Gewaltpläne der Ententemächte im Orient und der verschiedenen Interventionsversuche der Ententemächte in Sowjetrußland. Sie hatten nichts mit bolschewistischen Ideen zu tun, sondern waren entstanden allein aus dem Gefühl, in dem gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen und kapitalistischen Westmächte, und besonders England, aufeinander angewiesen zu sein.

Die ersten Anfänge dieser Beziehungen zeigten sich dementsprechend während des türkischen Freiheitskampfes im Frühjahr 1921. Sie führten damals zum Abschluß einer Anzahl von Verträgen, in denen sich Angora, Persien, Afghanistan und Sowjetrußland zu einer Art Interessengemeinschaft gegen die Gewaltpolitik der Westmächte zusammenschloßen. Diese Interessengemeinschaft hat die politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien in den Jahren 1921 und 1922 nicht

unverhört beeinflusst. Sie ist der Türkei ein wichtiger Rückhalt gewesen in ihrem Freiheitskampf, sie hat den Engländern ihre nach dem Weltkriege in Persien und Afghanistan allein herrschende Stellung gekostet, trat aber in den Hintergrund, als mit dem Siege der Türkei, dem Frieden von Kaufmane und der Aufgabe der panislamischen Idee durch die Türkei, der Aufhebung des englisch-persischen Vertrages und dem Entlenen Englands gegenüber Afghanistan die Grundlagen für sie nicht mehr in dem gleichen Maße wie früher gegeben schienen. Der Sieg der Türkei und die Aufgabe der panislamischen Idee durch diese führten im Zusammenhang mit der Festigung und Stärkung der türkischen Staatsgewalt zu einer Lockerung der russisch-türkischen Beziehungen, die zum Ausbruch kam in mehrfachen Reibungen an der kaukasischen Grenze und in der Unterdrückung ausgesprochen kommunistischer Umtriebe in der Türkei. Die Türkei traute den Sowjetrußen nicht. Sie begann, wenn auch die Machtstellung Sowjetrußlands in Angora unverändert stark blieb, sich außenpolitisch wieder mehr auf eine engere Verbindung mit den Westmächten einzustellen, eine Tatsache, die bereits in Erscheinung trat bei den Verhandlungen über die Meerengenfrage in Kaufmane, am deutlichsten jedoch zum Ausbruch kam bei der Organisierung der neu türkischen Landesverteidigung. Die Türkei blieb die Waffe ihres Heeres an die russische Grenze in die Gebiete von Siwas, Erzfndjan, Erzerum und Kars, während sie der Verteidigung der Meerengen und Konstantinopels nur verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit



schenkte. Die gleichen Erscheinungen zeigten sich auch in Persien und Afghanistan, wo man befreit war, nach Wiedererlangung der außenpolitischen Freiheit auch Sowjetrußland gegenüber wieder volle Handlungsfreiheit zu gewinnen.

Eine Änderung in der so in großen Zügen gekennzeichneten politischen Entwicklung in Vorder- und Mittelasien nach dem Friedensschluß von Kaufmane brachte erst die sich immer mehr zu einer türkisch-englischen Spannung auswachsende Mossulfrage und den türkisch-französischen Streit über die nord-syrische Grenzführung. Die Türkei suchte wieder eine engere Verbindung mit Sowjetrußland in der Hoffnung, dadurch wieder wie in den Jahren 1921 und 1922 England und Frankreich zum Entlenen veranlassen zu können. Sie beantragte im Dezember 1925 die englisch-französische Orientverhandlung und die für sie ungünstige Entscheidung des Völkerbundesrates in der Mossulfrage mit dem Abschluß eines Vertrages mit Sowjetrußland, der das alte Verhältnis zu Sowjetrußland in erweiterter Form wieder herstellte. Der neue Vertrag baute auf dem alten Abkommen vom Frühjahr 1921 auf. Er verpflichtete beide Länder, im Falle eines Angriffes auf eins von

ihnen seitens anderer Mächte neutral zu bleiben und mit anderen Mächten keinerlei Abkommen oder Bündnisse einzugehen, die geeignet wären, dem anderen zu schaden. Gleichzeitig damit aber verpflichtete sich Sowjetrußland, der Türkei beizuhelfen, falls eine Macht versuchen sollte, die nördliche Küste der Türkei vom Schwarzen Meer her anzugreifen.

Der neue türkisch-russische Vertrag, dem im April 1926 ein ähnlicher Vertrag folgte zwischen der Türkei und Persien, war seinem ganzen Charakter nach nichts als eine leere Demonstration der Türkei an die Westsee Englands. Diesmal aber blieb ihr der Erfolg verlagert. England ließ sich durch sie nicht einschüchtern. Es machte Italien und Griechenland gegen die Türkei mobil. Die Türkei mußte in der Moskaufrage nachgeben. Sie mußte die Entscheidung des Völkerbundes anerkennen — und damit änderte sich auch das Verhältnis der Türkei zu Sowjetrußland wieder. Wiederrum trat eine Entfremdung ein zwischen der Türkei und Sowjetrußland, um einer Annäherung beider Länder wieder Platz zu machen, als mit der Erledigung der Moskaufrage die Frage eines Eintritts der Türkei in den Völkerbund, um die Türkei damit den Einflüssen Sowjetrußlands zu entziehen. Es wünschte weiterhin die Schaffung eines kleinasiatischen Paktsystems zwischen der Türkei, Persien und dem Irak unter englischer Führung, um dadurch eine enge Verbindung herzustellen zwischen den Moskau-Oberleuten und dem persischen Petroleum. Die Türkei war hierzu an sich bereit. Sie sah in einer Zugehörigkeit zum Völkerbund bis zu einem gewissen Grade einen Schutz gegen die ihr von außen drohenden Gefahren, sie machte ihren Beitritt zum Völkerbund jedoch abhängig von der Zuteilung eines nördlichen Ratsfiges, stieß damit aber auf den heftigsten Widerstand Englands, das ebenso, wie es dies vorher bei Persien und China getan hatte, einen türkischen Ratsfig im Völkerbund auf das schärfste ablehnte. Die Folge davon war ein heftiges politisches Ringen zwischen England und der Türkei. England beantwortete die türkische Haltung in der Völkerbundsfrage mit Kirovo und dem Bekanntwerden neuer Angriffspläne Italiens gegen Anatolien, die Türkei wiederum diese Haltung Englands mit einer äußerst regen politischen Tätigkeit in Vorder- und Mittelasien, die zum Ausdruck kam in den Verhandlungen mit Persien, Afghanistan und Sowjetrußland in Angora und Moskau und ihren Höhepunkt erreichte in der Zusammenkunft des türkischen Außenministers Cemal Rüşdi-Bel mit Tschitscherin in Odessa.

Die neueste politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien hat also ihre Grundlagen zunächst einmal in dem politischen Ringen zwischen England und der Türkei um die Regelung ihres beiderseitigen Verhältnisses und dem Bestreben der Türkei, hierfür ihre Stellung England gegenüber nach Möglichkeit zu härten. Sie hat weiterhin ihre Grundlagen in der demütigenden Behandlung, die Persien seitens Englands im Völkerbund im vergangenen Herbst erfahren hat, vor allen Dingen aber in dem englisch-russischen Gegensatz, den Rückschlüsse, die die russische Außenpolitik in den letzten Monaten erfahren hat, und der sich hieraus ergebenden Erkenntnis Sowjetrußlands, sich in irgendeiner Weise mit den Westmächten verständigen und mit dem Völkerbund abfinden zu müssen. Die russische Außenpolitik ist im vergangenen Jahre nirgends vorwärtsgelommen. Sie hat sich im Gegenteil — darüber können auch die scheinbaren Erfolge Sowjetrußlands in China nicht hinwegtäuschen — auf der ganzen Linie festgehalten. Sowjetrußland hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht hindern können. Es fühlt sich in härtester Weise bedroht durch die Verträge Rumaniens mit Italien, Frankreich und Polen und den immer stärker werdenden Einfluß Englands im Baltikum. Es erkennt klar, daß es den Beitritt der Türkei zum Völkerbund auf die Dauer nicht wird verhindern können, daß die politische Entwicklung in China sich letzten Endes auch gegen es richtet, daß es vor allen Dingen aber fremden Kapitals bedarf, um den Wiederaufbau im Innern durchzuführen zu können, und daß es hierzu schon in allernächster Zeit gezwungen sein wird, dem Völkerbundsdenken gegenüber positiv Stellung zu nehmen, und aus all diesen Gründen auch das Bestreben Sowjetrußlands, für die hierfür kommende Auseinandersetzung mit den Westmächten

und besonders England seine Stellung nach Möglichkeit zu härten.

Die neueste politische Entwicklung in Vorder- und Mittelasien zeigt also wiederum wie in den früheren Jahren eine türkisch-russische Interessengemeinschaft, die jedoch nichts zu tun hat mit der Schaffung eines asiatischen Bundes gegen die Westmächte, so gerne man einen solchen auch fäbe in Angora sowohl wie in Moskau, Teheran und Kabul. Für die Schaffung eines solchen Bundes sind zumindestens heute reale Grundlagen noch nicht gegeben. Dazu sind die Gegensätze zwischen den einzelnen asiatischen Völkern noch zu groß, sind diese Völker einerseits noch zu abhängig von dem Kapital der Westmächte, andererseits zu mißtrauisch gegenüber Sowjetrußland und zu nationalstisch, um sich einer dauernden Führung Sowjetrußlands zu unterstellen. Die Verhandlungen, die im vergangenen November in Angora und Moskau stattgefunden haben zwischen der Türkei, Persien, Afghanistan und Sowjetrußland, und die Konferenz von Odessa sind vielmehr letzten Endes nichts anderes als Auswirkungen des großen englisch-russischen Gegensatzes in Asien und des Bestrebens der asiatischen Völker, unter geschickter Ausnutzung dieses Gegenatzes England und Sowjetrußland gegeneinander auszuspielen und auf diese Weise zu einer Festigung ihres Staatswesens und dessen außenpolitischer Stellung zu kommen. Das gleiche gilt auch bis zu einem gewissen Grade von der politischen Annäherung Japans und der Türkei und der Anwesenheit des chinesischen Gesandten in Washington, Dr. Sze in Angora, die der neuesten politischen Entwicklung in Vorder- und Mittelasien ein besonderes Gepräge gegeben haben.

Die politische Annäherung Japans und der Türkei, wie sie zum Ausdruck kam in dem Besuch der beiden japanischen Schulkreuzer „Mama“ und „Idzumo“ am Soldaten Horn im September v. J., dient in erster Linie machtpolitischen Zwecken, die jedoch weniger die Türkei als wie vor allen Dingen zunächst einmal die Festigung der japanischen Machtstellung im fernem Osten zum Ziele haben. Sie ist eine Folge des japanisch-russischen und des japanisch-englischen Gegenatzes in Ostasien und der Schwierigkeiten, mit denen die japanische Politik infolgedessen seit dem Weltkrieg wieder in Ostasien zu kämpfen hat. Japan sucht Anschlag an die Türkei, weil es in einem solchen Anschlag angefaßt der geographischen Lage der Türkei und dem Verhältnis derselben zu Sowjetrußland und England eine Möglichkeit erblickt, sowohl auf Sowjetrußland wie auf England einen politischen Druck auszuüben und beide Länder dadurch einer Verständigung mit Japan geneigter zu machen im Sinne seiner machtpolitischen Bestrebungen im fernem Osten. Gleichzeitig damit aber dient die Annäherung Japans an die Türkei auch wirtschaftspolitischen Zwecken. Japan sieht in der asiatischen Einstellung der Türkei und deren Furcht, durch zu enge wirtschaftliche Anlehnung an die europäischen Großmächte erneut wieder immer mehr auch zum Spielball machtpolitischer Bestrebungen derselben zu werden, eine günstige Gelegenheit, der japanischen Industrie durch wirtschaftliche Betätigung in der Türkei neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen und, gestützt hierauf, auch in den anderen Ländern des nahen Orients und Mittelasiens wirtschaftlich Fuß zu fassen.

Alle diese Gründe haben Japan bereits im Jahre 1921, also zu einer Zeit, wo der türkische Freiheitskampf in Anatolien noch im vollen Gange war, veranlaßt, mit der Türkei in engere Beziehungen zu treten und diese in ihrem Widerstand gegen die Gewaltpläne der Ententeemächte zu härten. Sie haben Japan, das bisher in der Türkei eine eigene diplomatische Vertretung überhaupt nicht besaß, in diesem Jahre veranlaßt, in der Türkei eine eigene Botschaft einzurichten und an die Spitze derselben in dem früheren japanischen Gesandten in Peking, Obata, eine Persönlichkeit zu stellen, die als einer der Haupttreiber der großasiatischen Pläne Japans bezeichnet werden kann und in dieser Beziehung bereits in China eine wichtige Rolle gespielt hat. Weiterhin haben sie Japan veranlaßt, im April 1924 eine Militärmission unter Führung eines kaiserlichen Prinzen nach Angora zu entsenden und im Frühjahr v. J. in Konstantinopel eine Ausstellung japanischer Exportwaren zu veranstalten, durch die die türkische Wirtschaft mit den Erzeugnissen der japanischen Industrie bekannt

gemacht und ihr die Leistungsfähigkeit derselben gezeigt werden sollte.

Die Anwesenheit des chinesischen Gesandten in Washington, Dr. Sze in Angora, diene ähnlichen Zwecken. Sie diene, abgesehen von der Anbahnung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen China und der Türkei, in erster Linie dem Ziel, die Stellung Chinas in seinem Kampfe um die Wiederherstellung seiner staatlichen und territorialen Freiheit zu stärken. Für China kam es darauf an, einmal die Rechts- und Verwaltungsreformen der von der ausländischen Bevormundung befreiten Türkei kennenzulernen, vor allen Dingen aber durch die politische Annäherung an die Türkei und die mittelasiatischen Staaten Persien und Afghanistan einen politischen Druck auf die es bedrückenden europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten auszuüben. Aus diesem Grunde auch das zeitliche Zusammentreffen des Besuchs Dr. Szes in Angora mit den Verhandlungen der Türkei, Persiens und Afghanistans in Angora und Moskau und die Weiterreise Dr. Szes von Angora zu weiteren Verhandlungen mit Sowjetrußland nach Moskau.

Die Türkei steht naturgemäß den Annäherungsbestrebungen Japans und Chinas äußerst sympathisch gegenüber. Japan hat neben Amerika als einziges Land den Kaufmännischen Friedensvertrag nicht ratifiziert, der von der Türkei trotz seiner Erleichterungen gegenüber dem Verträge von Sevres immer noch als drückende Fessel empfunden wird. Es ist weiterhin in der Meerengenkommission vertreten und kann nach seiner ganzen außenpolitischen Lage und seiner asiatischen Einstellung nur ein Interesse an einem Eskorten der Türkei haben. Dazu kommt, daß die Türkei in Japan das Vorbild sieht in ihrem Streben, ihr gesamtes Staats- und öffentliches Leben

auf moderne Grundlagen zu stellen, daß es ihrem nationalen Empfinden und ihrem Selbstbewußtsein schmeichelt, in ihrer inneren Entwicklung mit Japan verstanden zu werden. Vor allen Dingen aber bedeuten die Annäherungsbestrebungen Japans auch für die Türkei eine wesentliche Stärkung ihrer Machtstellung gegenüber England und Sowjetrußland. Sie geben der Türkei bis zu einem gewissen Grade eine Grundlage, sich aus dem bisherigen Abhängigkeitsverhältnis zu diesen beiden Mächten zu befreien und zu einer selbständigen, ihren Lebensinteressen entsprechenden Politik zu gelangen. Auch nach der inneren Aufbau und die innere Befestigung des neuen Staates kann ein engeres Verhältnis mit Japan für die Türkei äußerst wertvoll sein. Die Türkei bedarf für den inneren Wiederaufbau und die Durchsührung ihrer Reformbestrebungen fremder Hilfe. Sie gebraucht Geld und fremde Lehrmeister — und es wäre nur zu verständlich, wenn ihr hierzu die Japaner wesentlich geeigneter und sympathischer erschienen, als es Europäer sein können.

Das ist in großen Zügen die heutige politische Entwicklung in Vorder- und Mittelafrika. Sie zeigt zwar die asiatischen Völker in vorwärtstretendem Kampfe gegen die europäischen Großmächte, sie zeigt aber auch, daß zur Zeit wenigstens von einer Verwirklichung der panafrikanischen Idee noch nicht die Rede sein kann. Ob eine solche Verwirklichung überhaupt möglich ist, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die Beantwortung dieser Frage wird man daher am besten der Zukunft überlassen, ohne dabei die ganz außerordentlichen Möglichkeiten zu übersehen, die sich ohne Zweifel in der Zukunft aus der heutigen politischen Entwicklung für Vorderasien und Mittelafrika und damit auch in ganz Asien ergeben können.

Arbeiterbildung als öffentliche Angelegenheit.

Von Dr. H. Seelbach, Düsseldorf.

Jede Betrachtung über Arbeiterbildung wird davon ausgehen müssen, welche Stellung der Arbeiter in dem Innerbau alles staatlichen Lebens, in der Wirtschaft, tatsächlich hat oder welche Stellung ihm der Bildungspolitik jenseits möchte, sei es, daß er dem Arbeiter weniger Rechte als bisher einräumt, oder die Bildung nur als Vorstufe härter vorwärtsdrängender Kämpfe betrachtet. So gesehen, können die Bildungsbestrebungen einerseits Folgen einer tatsächlich vorhandenen Bewegungskraft sein, sie können andererseits aus einem politischen Ideale hervorgehen. Keine von beiden Betrachtungen wird sich völlig isolieren lassen, weil sie sich gegenseitig beeinflussen. Immerhin ist es möglich, den Ausgangspunkt entweder von der tatsächlichen Lage aus zu nehmen und so zu einer realpolitischen Begründung der Bildungsaufgabe zu kommen oder aber von politischen Zielsetzungen sich beeinflussen zu lassen, so daß die politische Momente für die Bildungsbestrebungen bestimmend sind. Arbeiterbildung als öffentliche Angelegenheit wird das Hauptgewicht auf eine realpolitische Betrachtung legen, während das freie Bildungswesen sich von der idealtypischen Auffassung leiten läßt.

Die Gründe für eine öffentliche Behandlung von Arbeiterbildungsfragen ergeben sich einmal aus der Bedeutung der Arbeit, andererseits aus der Bedeutung der sozialen Organisationen in Deutschland. Der Faktor Arbeit wird in unserem Lande immer eine ganz besondere Rolle spielen, da Bodenschätze und Kapital nicht in dem Maße, wie in anderen Ländern, mit denen Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrieren muß, vorhanden sind. Diese Feststellung ist nicht neu; unter Schulweisen hat ihr auch bereits Rechnung getragen; aber die Ausübung war immer mehr technischer oder kaufmännischer Art. Was fehlt, war die Pflege der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bildung. Jedenfalls hat man den Faktor Arbeit nach dieser Richtung hin bisher nicht gesehen, und man hat auch wohl in früheren

Jahren wenig Grund gehabt, sich um ihn zu kümmern. Die Arbeitskraft fand im Mittelalter infolge der politischen Struktur unseres Landes dem Arbeitgeber ohne größere Schwierigkeiten zur Verfügung. Vom kräftigen jene Arbeitskräfte zu, die junge aufstrebende Völker haben, wenn sie die ersten Schritte aus einfacher Kündlichkeit und aus Kleinbäutlichen Handwerksverhältnissen in die industrielle Entwicklung wagen. Sie besitzen einen Fonds von Arbeitskraft, der physisch unermesslich und seelisch durchaus willig ist. Aber diesen Fonds kann die deutsche Wirtschaft auch heute noch nach den politischen und sozialen Wandlungen verlieren, wenn er auch in diesen Generationen nicht mehr so unverwundlich ist und sich ihr auch nicht mehr so rückhaltlos hingibt. Wie fragen der Technik und der Organisation hat der Unternehmer, wenn auch unter Mühen, gemessen. Material und Kapital stellen sich ihm zur Verfügung. Nur der Faktor Arbeit ruft in ihm ein Gefühl der Unsicherheit hervor. In sozialen Bewegung sieht er sich Kräfte gegenüber, die er nicht ohne weiteres erfassen kann. Deshalb liegt es nahe, daß diejenigen Männer seine besondere Wertschätzung genießen, die ihm auch die Arbeitskraft wieder bedingungslos zur Verfügung stellen wollen. Der „Kampf um die Seele des Arbeiters“ hat begonnen. Er bedeutet die Wiederanordnung des Arbeiters in den Produktionsprozess. Diese Eingliederung muß erfolgen, die Frage ist nur, wie man sie sich denkt.

Es liegt dem einfachen Ingenieurlenten so nahe, zu glauben, auch den Menschen sind bestimmten Methoden zu einer bestimmten Sache zu führen. Eine solche einfache industrielle Menschenführung hat in ihrer unmittelbaren Zielsetzung etwas Befriedigendes; sie übersieht nur die seelischen Gründe, die sich im sozialen Kampfe auswirken; sie scholten seelische Komplexe bewahrt aus, die nun einmal auch vorhanden sind. Es ist sehr leicht, kleine Gruppen von Arbeitern so zu führen, daß sie sich in einem patriarchalischen Arbeitsverhältnis wohl fühlen. Ihre einfache Seelenverfassung fordert ein solches Verhältnis geradezu, aber es hält in kritischen Stunden nicht stand. Es ist ebenso leicht, infolge bestimmter Einwirkungen das große Vertrauen wieder in Mißtrauen zu verwandeln, wenn die Eigenbewegung dieser Menschen gefehlt hat und damit eine harte Intellektualisierung und eine gewisse Politisierung verjährt worden ist. Arbeiterbildung muß von der Eigenbewegung getragen sein.

Jede realpolitische Betrachtung unseres Wirtschaftslebens kann nicht mehr übersehen, daß unsere modernen Industrien es verlangen

Vertrauen und Achtung, das sind die beiden unzerstörlichen Grundpfeiler der Liebe, ohne welche sie nicht bestehen kann; denn ohne Achtung hat die Liebe keinen Wert und ohne Vertrauen keine Freude.

Es gibt keine unbiegsameren und härteren Menschen als die immer mit Betrachtung ihres Unglücks beschäftigt sind. Heinrich v. Kleist.

haben, fih durch die Rationalifierung des Produktionsprozesses von dem einzelnen Arbeiter unabhängig zu machen. Indem fie diefe individuelle Unabhängigkeit bewußt fchaffen, haben fie die follektiven Abhängigkeiten unbewußt vorbereitet. Sie können weder was genüßlich, noch durch befondere Maßnahmen befeitigt werden. Sie find da und müffen als Ausgangspunkt der Bildungsbeftrebungen betrachtet werden.

Ambererfien fieht die Tatsache feft, daß die fozialen Organifationen nachden fe zu find, auch mit Verantwortung belaftet bleiben. Es handelt fih nicht darum, daß die Organifationen die Verantwortung wollen oder nicht wollen, fie ift mit ihnen da. Sie werden nie die Sorge um den tatsächlichen Verlauf der Dinge los; fie können fih nicht hinter grundsätzliche Betrachtungen zurückziehen, Gewerfchaften find dauernd in der Verantwortung und können darum nichts Besseres tun, als ihre Kräfte fo zu entwickeln, daß fie den größeren Aufgaben dauernd gerecht werden, was bedeutet, daß fie für ihren Nachwuchs auch die beften Weiterbildungsmöglichkeiten fchaffen müffen.

Wer Maffen gegenüber feptlich ift und wer nicht glaubt, daß Menfchen, die in den Tiefen des Arbeitslebens fih bewegt haben, zu verantwortlichen leitenden Funktionen aufsteigen können, wer diefe Entfaltung für einen langen unabhangeren Kulturweg hält, auf dem fih die Maffen langfam herausbewegen, der wird nicht nur ein unzureichendes Arbeits- und Lebensziel, die Ausbildung für diefe Verantwortung ablehnen. Er feht fih mit feinem Perfektismus, foziale Grundbe oder vorbringen mag, zu vielen Erfahrungen der letzten Jahre jedoch in Widerfpruch. Er überfieht folgende Tatsache: Bei der Anteilnahme der Maffen am Wirtfchaftsleben handelt es fih nicht um die unmittelbare Wirtfchaftsmenge eines einzelnen. Jede Maffe bedingt Organifation und braucht Organe, braucht kleine Gruppen, die von der Maffenbewegung herausgefellt werden. Arbeiterbildung bedeutet neben der Maffenbildung gerade die Ausbildung diefer funktionalen und fuhnergruppen. Sie können der Arbeiterbewegung nicht von a u ß e n gefehert werden. Es genügt nicht, einen Kreis von Angenierten oder Intellektuellen zur Fuhung der Arbeiterfchaft zu berufen, nicht einmal dann, wenn fie von den Jochen der Arbeiterbewegung überzogen wären. Das Vertrauen zu ihnen würde fehlen, eine Abkehr fih zeigen, fobald ein äußerer Druck fih nicht bemerkbar macht. Die Inftabilitat der Fuhung würde verloren gehen, die heute die Männer aus den eigenen Reihen der Bewegung gerade in fchwierigen Situationen leitet. Die Ausbildung kann nicht von außen vorbereitet werden, fie muß von innen heraus wachfen. Die Frage nach der Möglichkeit der Ausbildung folcher Fuhnergruppen zu einfaches Mitarbeiter muß, auch wenn man alle Schwierigkeiten ins Auge faßt, bejaht werden.

Jede foziale Differenzierung beruht auf geringen tatsächlichen Unterschieden. Kleinigkeiten fchaffen bereits größere Abhängigkeit. Die Beherrfchung der deutlichen Sprache, der gefchickte Gebrauch einiger fremdworte, eine weitergehende logische Durchbildung, Kenntnisse im Recht, in der Wirtfchaft, in Politik bedingen bei natürlicher Veranlagung bereits wesentliche Vorausfetzungen für eine führende Tätigfeit. Sie find alle miteinander für einen begabten Menfchen durch Jahre konsequenter Arbeit an fih feibst erreichbar, befonders dann, wenn neben der Praxis Schulungsmöglichkeiten helfend zur Seite ftehen. Zu folchen Fuhnergruppen bleibt das Vertrauen, da die Organifationen annehmen, daß ihre Grundauffassungen durch die Weiterbildung nicht zerfallen werden.

Anders allerdings werden fih die Organifationen zur Maffen-ausbildung durch öffentliche Bildungsstätten fellen. Wer es mit Maffenbildung immer zu tun hat, muß als wichtigfte Bildungsaufgabe die Festigung in den Grundanfchauungen erleben. Er wird zu einer gewissen Litigation gezwungen, er muß Meinungen oktrivieren und befürchtet von Zugensiehenden das gleiche. Maffen-ausbildung wird der freien Willkurarbeit der Organifationen in der Hauptfache überlassen bleiben müffen. Auf diefem Gebiete eine farkere Initiative zu entfalten, wird den öffentlichen Bildungsbeftrebungen nicht zu raten fein, aber fie müffen auch dann zur Verfügung ftehen, wenn fie zur Mitarbeit gezwungen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auch die breiten Schichten der Arbeiterfchaft für eine fachliche Aufflarung dankbar find. Eine Betriebsratsoberverfammlungen eine Gewerkschaftsverfammlungen wird Belehungen immer gerne einnehmen, für fie follte die befte Vortragseinführung zu genug fein. Die Maffenbildung macht erf eine Differenzierung, eine Fuhnerausbildung möglich. Ohne einen fehen Unterbau läßt fih kein Nachwuchs heranziehen.

Die befonderen psychologischen Schwierigkeiten der Arbeiterbildung find an anderen Stellen bereits hervorgehoben worden^{*)}. Hier feien nur die Schwierigkeiten betont, die in der Zusammenarbeit von Lehrern und Lernenden liegen. Die erste Annäherung von Männern, die in praktifchen Arbeitsverhaltniffe oder jenseit in der

fozialen Bewegung ftehen, an die Bildungsinfstitutionen erfolgt meiß mit einem farken Autoritätsglauben und einem tiefen Gefuß der Ergebnisse. Unbewußtes will man erfahren, angelegene neue Kräfte abzuat man zu gewinnen. Der gebildete Mensch, infobesondere der öffentlich anerkannte, der Akademiker, wird von ihnen fo hoch gefacht wie die Wiffenfchaft feibst, — bis eine nähere Bekanntschaft auf eine gründliche Wandlung heroverruft. Der Akademiker führt fufenweife in feinem Anfehen. Die Beurteilung wird immer geringer, bis der Lernende bei feiner eigenen Arbeit fteht, wie müßig feibst kleine Fortfchritte erreicht werden müffen, wie kurz die Zeit ift, wie fehr er fih konzentrieren muß, eine begonnene Arbeit gründlich durczzuführen, die dann die foziale Differenzierung bereits bewirkt, indem er über den Kreis feiner Freunde bald hinausfchauen lernt.

Der Intellektuelle, der fih feinerfeits der Arbeiterfchaft nähert, macht ähnliche Wandlungen durch. Angesichts der großen Ziele der Arbeiterbewegung, überfordert er feine Erwartungen und ift gelegentlich enttäufcht, wenn er hinter den Jochen die Menfchen kennenlernt. Diefe Enttäufchung ift ein längerer innerer Prozeß, bis er den Grund gefunden hat, von dem aus er feht, was politifch zu erreichen ift, und fih zu der Überzeugung durchgerungen hat, daß die Bildungsbeftrebungen zum Zwede verantwortlicher Mitarbeit keine Illufionen find, fondern durchaus Erfolge verprechen.

Die erste Organifation öffentlicher Schulungsarbeit find die Gewerkschaften in Münster gewesen, die einen farken Einfluß ausübten und die auch bereits wichtige Fragen der Arbeiterbildung ausgefchnitten haben, Fragen der geeigneten Organifation, der Neutralität, der Lehrer und der Methoden.

Nicht in Verbindung mit der Univerfitat Frankfurt, nur in ihren Räumen, hat die Akademie der Arbeit feit 1921 ihre Lehrtätigkeit begonnen. Sie hat in ihrer unaufhörlichen Arbeit und im Verlauf gerade ihrer Schwierigkeiten wertvolle Erfahrungen sammeln können. So wie fie gebacht war, konnte fie allerdings nicht bleiben. Sie war dazu berufen, die oberste Schicht der Gewerkschaftsbewegung in mehr akademifcher Form auszubilden. Der Studienplan war nicht nur an der Wirtfchaft orientiert, fie wollte eine Lebenshochschule fein. Die Befucher der Akademie follten in geiftiger Gemeinfchaft in den wichtigsten Fragen von Wirtfchaft, Recht, Politik und Philofophie, fowie in allen anderen Dingen gleichfam innerlich fih feftigen und frugigen. Nach beiden Seiten hin konnte die Akademie das nicht durchführen, was fie wollte. Die Vorfande der Gewerkschaftsbewegung boten ein zu kleines Refruktierungsgebiet, und die praktifche Einstellung der Befucher der Akademie forderte eine Wandlung der Bildungsziele in der Richtung auf die vielen praktifchen Aufgaben der fozialen Bewegung. So hat fie fih denn in der letzten Zeit entfprechend eingefeilt.

Von vornherein ficherer in ihrer ganzen Anlage waren die Wirtfchaftsschulen. Auf der Tagung in Münster 1921 (febe oben) waren fie noch nicht vorhanden. Heute find Wirtfchaftsschulen bereits in fih gefestigte Infstitutionen. Ein Jahr fernunterrichte bezeugt eine Auswahl der Schüler in weitestem Sinne. Ein Jahr Tagungsunterricht erfordert eine erneute Differenzierung. Der Abfchluß erfolgt durch ein weiteres Jahr voller Tagungsschulung. Die Ausbildung wird mit allen Mitteln fchulifch, nicht akademifcher Art durchgeführt. In den „Wirtfchaftsschulblattern“ geben die Wirtfchaftsschulen Münster und Berlin einen Einblick in ihre Tätigfeit. Die Blätter find bewußt von jedem Schmunze frei. Gefühlsmomente und allgemeine Betrachtungen treten zurück. Wer fih für fie erwärmt, muß fih schon von der geduldigen, unaufhörlichen und mühseligen Arbeit pafen lassen, die hinter der Bildungsarbeit der Wirtfchaftsschulen fteht.

Neben diefer öffentlichen Arbeiterbildung hat die Reichszentrale für Heimadidien noch eine farte Initiative entfaltet. Aus ihrer ganz anderen Organifation heraus unterfchiedet fie fih in ihren Bildungszielen wie in ihren Methoden wesentlich von der Arbeit der Akademie und der Wirtfchaftsschulen. Sie will in erster Linie wirtfchaftliche und politifche auf eine Aufflarung. Mit ihrer Maffenbildung, die viele Volksfchichten, nicht nur die Arbeiter, erfogt, hat fie ein feid fruchtbarer Betätigung.

Alle unsere Überlegungen zeigen uns, daß auf dem Gebiete der wirtfchaftlichen und politischen Schulung noch mehr getan werden muß. Mit der Fuhnerausbildung allein kommen wir nicht aus, mit der auf Aktualität fih aufbauenden Aufflarung der Maffen auch nicht. Infobesondere müffen die Berufsschulen Volksbildungsstätten werden, damit es auf diefe Weise gelingt, einen breiteren Unterbau für jede weitere Schulung zu fchaffen.

Die stillsten Worte sind es, welche den Sturm bringen. Gedanken, die mit Taubenfüßen kommen, lenken die Welt. Nietzsche.

Die Großen schaffen das Große, die Outen das Dauernde. Marie v. Ebner-Eschenbach.

^{*)} Grundzüge der Arbeiterbildung im Rahmen der faaßlichen Wirtfchaftsschulen. „Deutsche Arbeit“, Münster 1920. — Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften unter Berücksichtigung der Weimarer Verfassung. „Die Arbeit“, 2. Heft 1920. — Grundlagen der Organifation der faaßlichen Hochfchule für Wirtfchaft und Verwaltung. „A. Arbeit“ im Verlage von Eugen Diederichs, Jena 1920.

Die Veranlagung zur Einkommensteuer 1927.

Die Einkommensteuer beansprucht innerhalb des deutschen Steuerrechts besondere Bedeutung. Sie entscheidet sich immer mehr zur ertragsteuigen Steuer des Reichs und liefert dementsprechend auch den Kindern und Gemeinden, denen 75 v. H. des Aufkommens überfallen werden, folgende Beiträge. Sie ist die Steuer, die die meisten Staatsbürger unmittelbar angeht und in Verbindung mit der Besteuerung der Rechtsformen bringt. Aus diesen Gründen gibt der „Heimatdienst“ zu der bevorstehenden Veranlagung zur Einkommensteuer 1927 einige kurze Erläuterungen:

1. Wann ist die Steuererklärung abzugeben?

Die Steuererklärung ist abzugeben, sobald die öffentliche Aufforderung hierzu ergeht.

2. Wer muß eine Steuererklärung abgeben?

Zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung sind verpflichtet:

- a) Steuerpflichtige, deren Einkommen im Steuerabschnitt den Betrag von 8000 RM. übersteigen hat;
- b) ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, bei denen der Gewinn auf Grund des Abschusses ihrer Bücher zu ermitteln ist;
- c) ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, die hierzu vom Finanzamt besonders aufgefordert werden.

Als Steuerabschnitt gilt grundsätzlich das Kalenderjahr 1926. Bei Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen, gilt als Steuerabschnitt das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1926. Bei Gewerbetreibenden, die Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen, das Wirtschaftsjahr, für das sie regelmäßig Abschluß machen und dessen Ende in das Kalenderjahr 1926 fällt.

Hat ein Steuerpflichtiger neben Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft noch Einkünfte anderer Art, so gilt auch für die anderen Einkünfte das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1926 als Steuerabschnitt. Hat ein Steuerpflichtiger neben Einkünften aus Gewerbebetrieb noch Einkünfte anderer Art, so gilt auch für die anderen Einkünfte das Wirtschaftsjahr als Steuerabschnitt, das als Steuerabschnitt für seine gewerblichen Einkünfte maßgebend ist. Hat ein Steuerpflichtiger mehrere Betriebe, die es landwirtschaftlich, sei es gewerblicher Art, mit verschiedenen Wirtschaftsjahren, so ist Steuerabschnitt das Wirtschaftsjahr, das als letztes im Kalenderjahr 1926 endet; in diesem Falle sind bei der Einkommensermittlung die Einkünfte aus einem Betrieb, dessen Wirtschaftsjahr mit diesem Steuerabschnitt nicht übereinstimmt, nicht mit dem in Steuerabschnitt erzielten, sondern mit dem in Wirtschaftsjahr erzielten Betrag anzusetzen.

Die Steuerpflichtigen, deren Einkommen im Steuerabschnitt die Höhe von 8000 RM. übersteigen hat und die Steuerpflichtigen, bei denen der Gewinn auf Grundlage des Abschusses ihrer Bücher zu ermitteln ist, d. h. also Gewerbetreibende und buchführende Landwirte, sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, auch wenn sie hierzu vom Finanzamt nicht besonders aufgefordert werden. Sie sind also verpflichtet, sich, falls sie keine Aufforderung erhalten, vom Finanzamt die nötigen Formulare zur Einkommensteuererklärung ausändigen zu lassen und sie dem Finanzamt innerhalb der in der öffentlichen Aufforderung bekanntgegebenen Frist ausstellen zu lassen. Wer dies unterläßt, hat Bestrafung wegen Steuerhinterziehung zu gewärtigen.

3. Wie hoch ist die Steuer?

a) Vollkommen steuerfrei bleiben alle Personen, deren Einkommen weniger als 1300 RM. im Jahre betragen haben.

Diese Freigrenze von 1300 RM. erhöht sich für die zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau und die zu seiner Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder um folgende Beträge:

- | | |
|---|----------|
| a) für die Ehefrau um | 100 RM., |
| b) für das erste Kind um | 100 RM., |
| c) für das zweite Kind um | 180 RM., |
| d) für das dritte Kind um | 360 RM., |
| e) für das vierte Kind um | 540 RM., |
| f) für das fünfte und jedes folgende Kind um je | 720 RM. |

Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte aus selbständiger Berufstätigkeit oder Einkünfte aus Arbeitslohn beziehen, werden nicht gerechnet.

Zum Einkommen gehören nicht nur Einnahmen in Geld, sondern auch Naturalien, Waren, Koffi, freie Wohnung und Ähnliches.

Dem Einkommen des Ehepartners wird das Einkommen seiner Ehefrau hinzugerechnet.

b) Dem Einkommen sind für die Festsetzung der Einkommensteuer folgende Beträge im Jahre abzuziehen:

1. 720 RM. als steuerfreier Einkommensteil, wenn das Einkommen den Betrag von 10000 RM. im Jahre nicht übersteigt.

2. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens: für die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau und jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind je 8 v. H. des über 720 RM. hinausgehenden Einkommens, höchstens je 600 RM. für die Ehefrau und jedes Kind. Insgesamt dürfen die Abzüge für Ehefrau und Kinder jedoch 8000 RM. nicht übersteigen.

Die Bemessung der Abzüge für Ehefrau und Kinder in Prozenten des Einkommens würde die kleinen Einkommen gegenüber den höheren benachteiligen. Um dies zu vermeiden, läßt das Einkommensteuergesetz für die kleinen Einkommen an die Stelle der prozentualen Abzüge feste Abzüge treten insofern, als mindestens steuerfrei bleiben:

- | | |
|--|----------|
| a) für die Ehefrau | 100 RM., |
| b) für das erste Kind | 100 RM., |
| c) für das zweite Kind | 180 RM., |
| d) für das dritte Kind | 360 RM., |
| e) für das vierte Kind | 540 RM., |
| f) für das fünfte und jedes folgende Kind je . . . | 720 RM. |

c) Bei Einkommen, die dem Lohnabzug unterliegen, findet eine Veranlagung nur dann statt:

Wenn entweder das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen 8000 RM. übersteigen hat, oder wenn der Steuerpflichtige neben Einkommen das dem Steuerabzug unterlegen hat noch mehr als 900 RM. sonstiges Einkommen bezogen hat. Im letzteren Falle wird der Steuerpflichtige mit seinem gesamten Einkommen, im zweiten Falle nur mit seinem sonstigen Einkommen veranlagt.

Neumen wir z. B. an:

Ein Angestellter, der ein jährliches Einkommen von 2400 RM. bezogen habe, habe daneben noch aus schriftstellerischer Tätigkeit Einnahmen in Höhe von 1000 RM. im Jahre. Er wird nur mit den 1000 RM. veranlagt, während für die 2400 RM. Einkommen aus Gehalt die Steuer durch den Steuerabzug gelöst ist. Anders dagegen, wenn ein Angestellter ein Gehalt von 6000 RM. jährlich und daneben noch Einnahmen in Höhe von 4000 RM. bezieht. Hier findet eine Veranlagung für das gesamte Einkommen statt, wobei die durch Steuerabzug einbehaltenen Steuer selbstverständlich auf die auf das gesamte Einkommen entfallende Steuer anzurechnen ist. Bezüglich der Einnahmen des Steuerpflichtigen hauptsächlich aus Arbeitslohn, so treten für die ersten 8000 RM. des Einkommens an die Stelle der oben erwähnten sozialen Abzüge für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder die höheren Abzüge, die für Einkommen aus Arbeitslohn vorgesehen sind, nämlich:

- | |
|---|
| je 10 v. H. des über 1200 RM. jährlich hinausgehenden Arbeitslohnes, mindestens jedoch: |
| 1. für die Ehefrau 120 RM. jährlich (10 RM. monatlich, wöchentlich), |
| 2. für das erste Kind 120 RM. jährlich (10 RM. monatlich, 2,40 RM. wöchentlich), |
| 3. für das zweite Kind 240 RM. jährlich (20 RM. monatlich, 4,80 RM. wöchentlich), |
| 4. für das dritte Kind 480 RM. jährlich (40 RM. monatlich, 9,60 RM. wöchentlich), |
| 5. für das vierte Kind 720 RM. jährlich (60 RM. monatlich, 14,40 RM. wöchentlich), |

Die Wägen der deutschen Agrarproduktion in ihrer zahlenmäßigen Bedeutung.

Prozentzahlen.

A. Pflanzen (außer C—D):

	Den Gesamtwert der Agrarproduktion		
	1911/13	1924	1928
1. Roggen	12,9	8,7	6,4
2. Weizen und Spelz	6,2	3,9	4,4
3. Malz-Gerste	1,9	1,5	1,4
4. Hopfen	0,4	0,2	0,4
5. Kartoffeln	3,7	3,8	2,5
6. Säckerfruchtfrüchte	0,8	0,1	0,1
7. Brennfruchtfrüchte	0,8	0,5	0,2
8. Zuckerrüben	2,5	2,5	1,5
9. Tabak	0,1	0,1	0,1
10. Wein	0,8	0,8	0,6
11. Hülsen-, Ölfrüchte und Flachs	0,6	1,2	1,0

B. Viehprodukte:

12. Rinder	9,2	6,5	7,6
13. Kälber	2,2	2,9	2,9
14. Schweine	17,9	17,9	20,9
15. Schafe und Ziegen	0,8	0,5	0,6
16. Geflügel	1,4	1,9	1,2
17. Eier	2,0	2,0	2,0
18. Wolle	0,4	1,2	1,0
19. Milch	19,5	25,1	28,4
20. Honig und Wachs	0,1	0,2	0,2

C. Obst:

21. Summe	1,5	1,2	1,0
---------------------	-----	-----	-----

D. Gemüse:

22. Summe	8,0	9,5	8,4
---------------------	-----	-----	-----

E. Holz, Wild, Fisch:

23. Holz	5,1	5,6	4,9
24. Wild	1,5	1,6	1,4
25. Binnenfische	0,5	0,4	0,4
26. Seefische	0,2	0,4	0,4

Zusammenstellung:

A. Pflanzen	29,9	25,1	18,6
B. Vieh	55,5	58,2	64,8
Summe A und B	85,4	81,5	83,4
Summe C—E, sonst. Prod.	16,6	18,7	16,6
Gesamtsumme	100,0	100,0	100,0

Wer sich die Mühe macht, die Spalten der vorstehenden Aufstellung sorgfältig zu studieren, wird zu interessanten Aufschlüssen kommen. Gibt schon die Zusammenstellung an sich einen guten Überblick über die Mannigfaltigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, so wird aus der Tabelle in einzelnen ersichtlich, daß der Wert der pflanzlichen Produktion weit hinter dem der Viehproduktion zurückbleibt und daß unter den Erzeugnissen der Viehhaltung Milch und Milchprodukte eine hervorragende Rolle spielen; machen für doch allein im Jahre 1928 28,4 v. H. vom Gesamtwert der landwirtschaftlichen Gütererzeugung aus. Was weiterhin geht aus der Tabelle hervor, welche Bedeutung der Roggen für die deutsche Landwirtschaft hat. Er steht unter den Erzeugnissen des Altersbaues wertmäßig an erster Stelle. Von Interesse ist auch, festzustellen, daß der deutsche Gartenbau mit seinem Erzeugnissen (Obst und Gemüse) allein 9,4 v. H. des Wertes der gesamten Agrarproduktion ausmacht. Allerdings dürfen die vorstehenden Wertzahlen nicht zu falschen Schlussfolgerungen in bezug auf die mehr oder minder große Entbehrlichkeit der einzelnen landwirtschaftlichen Zweige verführen. Die landwirtschaftliche Produktion bleibt trotz ihrer großen Mannigfaltigkeit ein einheitliches Ganzes; ist doch in der Regel ein landwirtschaftlicher Zweig ohne den anderen nicht rentabel zu betreiben. Das Zeugniss einer gesunden Viehwirtschaft ist ein intensiver Getreide- und Bäckereibau. So nehmen z. B. in England die Wiesen und Weiden 63 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche ein, obwohl England bekanntlich das Land mit der meistaus größten Vieheinweide der Welt ist und auf 1000 Einwohner im Jahre 1925 nur 175 Stück Rindvieh fallen, gegenüber 268 Stück in Deutschland, dessen Wiesen und Weiden nur 17 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche einnehmen. In Dänemark beträgt der Anteil der Wiesen und Weiden sogar nur 7,1 v. H. bei 757 Stück Rindvieh auf 1000 Einwohner.

6. für das fünfte und jedes folgende Kind je 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich, 19,20 RM. wöchentlich).

wenn diese festen Abzüge höhere Beträge ergeben als die prozentualen.

Zur Berechnung der Einkommensteuer wird das um die als Freigrenze und als soziale Abzüge für Ehefrau und Kinder vorgegebenen Beträge verminderte Einkommen auf volle 10 RM. nach unten abgerundet.

d) Die Steuer beträgt

für den Teil des Einkommens bis zu 8000 RM. 10 v. H.,

für den Teil des Einkommens zwischen 8000 bis 12000 RM. 12½ v. H.,

für den Teil des Einkommens zwischen 12000 bis 16000 RM. 15 v. H.,

für den Teil des Einkommens zwischen 16000 bis 20000 RM. 20 v. H.,

für den Teil des Einkommens zwischen 20000 bis 28000 RM. 25 v. H.,

für den Teil des Einkommens zwischen 28000 bis 46000 RM. 30 v. H.,

für den Teil des Einkommens zwischen 46000 bis 80000 RM. 35 v. H.

für den Teil des Einkommens, der 80000 RM. übersteigt, 40 v. H.

Der Steuerzins ist ein sogenannter Staffeltarif, d. h. es wird nicht ein einheitlicher Satz vom gesamten Einkommen des Steuerpflichtigen erhoben, sondern das Einkommen wird bei Berechnung der Steuer in die dem Tarif entsprechenden Teile zerlegt und von jedem Teil wird dann der im Tarif vorgegebene Steuersatz erhoben. Bei einem Einkommen von 22000 RM. errechnet sich somit die Steuer wie folgt:

8000 RM. à 10 v. H. = 800 RM.,
4000 RM. à 12½ v. H. = 500 RM.,
4000 RM. à 15 v. H. = 600 RM.,
4000 RM. à 20 v. H. = 800 RM.,
2000 RM. à 25 v. H. = 500 RM.

insgesamt = 5200 RM.

e) Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch Ermäßigung oder Erlass der Einkommensteuer berücksichtigt werden, wenn das Einkommen 30000 RM. nicht übersteigt. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt oder Erziehung einschlägig Berufsausbildung der Kinder, durch gesetzliche oder sittliche Verpflichtung zum Unterhalte mittelbarer Angehöriger, auch wenn sie nicht zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verdauung, Unglücksfälle (darunter auch außerordentliche Ernte- und Hochwasserschäden) oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt, die durch Erwerbstätigkeit einer Witwe mit minderjährigen Kindern veranlaßt worden sind.

Besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse kann auch in der Weise Rechnung getragen werden, daß die Ermäßigungen, die für die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau und die minderjährigen Kinder vorgesehen sind, auch dann gewährt werden, wenn die Ehefrau und die minderjährigen Kinder nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehören oder auf uneheliche minderjährige Kinder, die nicht zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählen, ausgedehnt werden, wenn sie vom Steuerpflichtigen ganz oder im wesentlichen unterhalten werden.

Von großer Bedeutung, insbesondere für bestimmte Berufsarten ist schließlich eine Vorschrift, die es gestattet, die Steuer von außerordentlichen, nicht regelmäßig wiederkehrenden Einkünften sowie von Entlohnungen, welche die Entlohnung für eine Job über mehrere Jahre ersparende Tätigkeit darstellen, auf Antrag von Steuerpflichtigen zu ermäßigen. Als außerordentliche, nicht regelmäßig wiederkehrende Einkünfte gelten z. B. die Einkünfte aus der Veräußerung eines Gewerbebetriebes. Die Ermäßigung der Steuer erfolgt mit Rücksicht darauf, daß hier die volle Anwendung des progressiven Steuertarifs zu einer unbilligen Belastung des Steuerpflichtigen führen würde.

Zur Zeitgeschichte

Die Erledigung der Restpunkte.

Die Frage der deutschen Entwaffnung ist durch die rechtzeitige Beendigung der Verhandlungen über die sogenannten zwei Restpunkte am 31. Januar nunmehr erledigt. Der Ausweg, diese beiden Fragen vor das Forum des Haager Schiedsgerichts zu bringen, braucht also nicht treten zu werden. Es ist klar, daß man das ausdrücklich begrüßen muß. Wenn man sich erinnert, welche heftige Erregung in einem großen Teil der öffentlichen Meinung nicht nur Deutschlands und Frankreichs während dieser letzten Verhandlungen sich gezeigt hat, und wie alle jene, die an der deutsch-französischen Verständigung ein negatives Interesse haben, sich dieser beiden Fragen bemächtigt haben, um Zwietracht zu säen, so ermißt man den Vorteil ihrer prompten Erledigung, der in erster Linie psychologische Natur ist: Die Frage der deutschen Entwaffnung ist nach beinahe neunjährigem Kämpfen und Verhandeln materiell aus der Diskussion ausgeschaltet und nur einige Formalien sind noch zu erledigen, nach deren Abschluß die endgültige und formelle Quittung für den Abschluß der deutschen Abrüstung Deutschland ausgehändigt werden muß.

Das zuhande kam, ist ein Kompromiß. Es handelte sich bekanntlich um die Auslegung von Art. 180 des Versailles Vertrags bezüglich der Erhaltung der stützenden Befestigungen, die uns der Vertrag gelassen hat, und um Auslegung des Art. 170 über Ausrüstung und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgesetz jeder Art. Hinsichtlich des § 180 hatte man zuerst eine juristische Formel gesucht, die sich zwar finden, aber nicht praktisch auswerten ließ.

Man suchte deshalb nach einer praktischen Lösung, in dem Sinne, daß man sich im einzelnen über diejenigen vorhandenen Befestigungen einigte, die erhalten bleiben bzw. die zerstört werden sollen. Es handelte sich im ganzen um 88 betonierte Unterstände, von denen 54 erhalten bleiben und 34 zerstört werden müssen. Man hat außerdem an der ganzen deutschen Ohrenlinie einen an den einzelnen Punkten verchiedenen breiten Gebietsstreifen bestimmt, in dem Erneuerungen vorhandener Befestigungen bzw. Neuanlagen von solchen nicht stattfinden dürfen. Was diesseits dieses Gebietsstreifens liegt, fällt nicht unter diese Bestimmung, vielmehr dürfen hier die vorhandenen Anlagen dem Stand der Entwicklung des Kriegswesens angepaßt werden. Wenn man sich die Wirkung dieser Bestimmung auf einer Karte vorstellt, ergibt sich eine Art entmilitarisierter Zone an der deutschen Ohrenlinie, ähnlich wie sie an der deutschen Westgrenze auf Grund des Versailles Vertrages in der Form besteht, daß das ganze Linke und außerdem ein 50 km breiter Streifen auf dem rechten Rheinufer „entmilitarisiert“ ist, d. h. es ist in Deutschland verboten, dort Garnisonen zu haben bzw. Befestigungen anzulegen. Die neue Regelung für den Osten hat den Vorteil, daß sie für die Gebiete innerhalb der oben genannten Zone eine Stärkung unserer Defensiv-einrichtung bedeutet, da wir für die Erneuerung der dort vorhandenen Befestigungen freie Hand bekommen. Sie bedeutet eine Verschlechterung unserer Defensivlage insofern, als in der genannten Zone eine Modernisierung nicht gestattet ist, die vorhandenen an sich nur schwachen Werke also bald völlig veraltet sein müssen.

Hinsichtlich des anderen Restpunktes der Frage der Ausrüstung und Ausfuhr von Waffen, Munition, Kriegsgesetz jeder Art, ist es gelungen, eine Interpretation von Art. 170 des Versailles Vertrags herbeizuführen, die man als nicht unangenehm bezeichnen kann, insofern die deutsche Auffassung überwiegend anerkannt worden ist. Auch hinsichtlich der optischen Fabrikate, die hier eine besondere Rolle gespielt haben, ist eine schwere Schädigung unserer optischen Industrie, die bekanntlich eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung hat, vermieden worden. Da es sich hierbei mehr um wirtschaftliche als militärische Fragen handelte, war die Einigung leichter.

Die länger, als wir bei Abschluß des Versailles Vertrags glauben konnten, ist die Interalliierte Kontrollkommission in Deutschland geblieben, da von der Gegenseite die Dinge immer wieder verschleppt worden sind, offenbar weil man sich des Instruments der militärischen Kontrolle und des politischen Drucks auf Deutschland, den die Interalliierte Militärkommission darstellte, nur sehr ungenutzten entäußern wollte. Die französischen Nationalisten — von den Polen ganz zu schweigen — konsolidieren denn auch das Ansehen der Tätigkeit der Kontrollkommission nicht nur mit einem, sondern mit zwei neuen Augen. Alle Freunde der Verständigung in- und außerhalb der deutschen Grenzen werden von gegenseitigen Gefühlen befeuert sein. Politisch ergibt sich aus dem formellen Abschluß unserer eigenen Entwaffnung die Forderung, daß nun, wie der Versailles Vertrag in der Einleitung zu seinem Teil V unambiguos festsetzt, die Entwaffnungsfrage als europäisches und Weltproblem allein Entfess angesetzt wird; denn die deutsche Entwaffnung soll ja nur als Ein-

leitung der allgemeinen Entwaffnung gelten. Auf die Konsequenz, die sich aus dieser Sachlage für die anderen Nationen unambiguos ergibt, wird Deutschland nunmehr seine politische Energie konzentrieren müssen: Unsere Entwaffnung muß die der anderen vortzuzugsfähig nach sich ziehen, wenn die moralische und juristische Grundlage unserer eigenen Entwaffnung bestehen bleiben soll.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Am Sonntag, dem 30. Januar 1927, haben in Thüringen Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70, in einzelnen größeren Städten bis zu 80 v. H. Über die Veränderungen gegenüber der letzten Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 folgt folgende Aufstellung Aufstufung:

	Stimmen- zahl	Man- date	Reichstags- wahl v. 7. Dez. 1924
Einheitsliste (Deutschnat. Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Landbund und Zentrum)	270 526	19	553 530
Reichspartei des deutschen Mittel- standes	75 500	5	22 377
Deutschvölkische Freiheitsbewegung	9 147	1	—
Nationalsozialistische Arbeiterpartei	27 918	2	84 893
Deutschdemokratische Partei	25 126	2	85 696
Reichspartei für Volksrecht und Auf- wertung	22 156	1	—
Sozialdemokratische Partei	253 755	18	250 364
Kommunistische Partei	115 470	8	107 850
Kommunistische Arbeitsgemeinschaft	3 880	—	—

Bei diesem Ergebnis fällt ein gewisser Verlauf der Einheitsliste, der Nationalsoz. Arbeiterpartei und der Demokraten auf. Die Sozialdemokraten haben ihre Stimmzahl vom 7. Dezember 1924 umgekehrt behauptet. Die Kommunisten haben einen unbedeutenden Zuwachs von rund 6000 Stimmen zu verzeichnen. Die eigentlichen Gewinner des Wahltages sind die Wirtschaftspartei, die rund 55 000 Stimmen gewonnen hat, und die Aufwertungspartei, die 1924 überhaupt noch nicht vorhanden war, es aber diesmal auf 22 156 Stimmen gebracht und damit ein Mandat erlangen hat.

Unser Außenhandel im Jahre 1926.

Das Ergebnis des Außenhandels zeigt im Jahre 1926 auf den ersten Blick eine überraschende Wandlung gegenüber dem Vorjahre. Brauchte das Jahr 1924 im reinen Warenverkehr, also ausschließlich der Ein- und Ausfuhr von Gold und Silber, einen Einfuhrüberschuß von 2,5 Milliarden, das Jahr 1925 sogar einen solchen von 5,6 Milliarden, so hat im vergangenen Jahre die Einfuhr fremder Erzeugnisse die Ausfuhr deutscher Waren nicht wesentlich überwiegen. Die deutsche Handelsbilanz im Jahre 1926 ist im reinen Warenverkehr nur mit 155 Millionen RM. passiv, also im Vergleich zu dem vorjährigen Ergebnis mit einer verwindenden geringen Summe. Die auf Grund der amtlichen Statistik ermittelten Jahresergebnisse sind aber vom statistischen Reichsamt noch einer leichten Korrektur unterworfen worden, um Fehlerquellen, die im einzelnen bei der Außenhandelsstatistik nicht zu beseitigen sind, in ihrer Wirkung auf die Gesamthandelsbilanz auszuschalten. Nach genaueren Untersuchungen für die wichtigsten Waren ist anzunehmen, daß die gesamte Einfuhr in den Jahren 1924 und 1925 um etwa 3 v. H., im Jahre 1926 um etwa 3 v. H. zu hoch bewertet worden ist. Die Ausfuhrwerte sind dagegen zu niedrig angeschrieben, und zwar läßt sich nach eingehender Prüfung annehmen, daß die gesamte Ausfuhr um etwa 1,5 v. H. zu niedrig bewertet ist. Durch eine solche Korrektur verringert sich die Passivität in den Jahren 1924 und 1925 nicht unwesentlich; für das Jahr 1926 ergibt sich dann sogar ein Ausfuhrüberschuß von etwa 500 Mill. RM. Das rein bilanzmäßig genommene günstige Ergebnis des Jahres 1926 wurde erzielt durch einen Rückgang der Einfuhr gegenüber dem Vorjahre und durch eine Zunahme der Ausfuhr.

Die Entwicklung des Außenhandels in den Jahren 1925 und 1926 im Vergleich mit dem Jahr 1913 zeigt folgendes Schema, in dem die monatlichen Ein- und Ausfuhr-

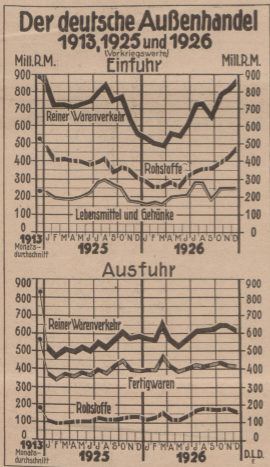
ergebnisse auf Grundlage der Vorkriegswerte eingetragen worden sind.

Das Schaubild gibt die Bewegung des Außenhandelsumsfanges (zweits Ausschaltung der Preischwankungen berechnet auf Grundlage der Warenpreise von 1913) in fmfälliger Weise wieder. Was zunächst die Einfuhr betrifft, so zeigt sich, daß sie sich Anfang 1925 auf verhältnismäßig beträchtlicher Höhe hielt, zum Teil eine Folge der Realisierung der Auslandskredite. Die ausländischen Kredite müßten nämlich deswegen zur Belegung der Einfuhr beitragen, weil sie zum Teil für unsere heimische Wirtschaft nur durch die Zufuhr ausländischer Waren nutzbar gemacht werden konnten. Der Herbst des Jahres 1925 brachte dann mit dem Ausbruch der schweren Wirtschaftskrise auch einen jähen Umschwung in der Einfuhrentwicklung. Im März 1926 erreichte die Einfuhr ihren Tiefstand zu einer Zeit, als die deutsche Wirtschaft nach dem

die Preissteigerung wichtiger Waren mit zur Verminderung der Einfuhrwerte beitragen konnte. Bemerkenswert ist noch, daß mehr als ein Drittel der gesamten Einfuhr auf Lebensmittel entfällt und beinahe die Hälfte auf Rohstoffe und halbfertige Waren.

Auf der anderen Seite zeigt das Jahr 1926 gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung der Ausfuhr. Betragt die Warenausfuhr insgesamt auf Grund der Gegenwärtwerte 1926 8,8 Milliarden RM., so erreichte sie 1926 eine Höhe von 9,8 Milliarden RM. Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß dieses günstige Ergebnis zu einem wesentlichen Teil auf äußere Einflüsse, und zwar vor allem auf den englischen Kohlenstreit, beruht. Der deutschen Ausfuhr in hohem Grade zuzulasten kam, zurückzuführen ist. Außerdem ist auch anzunehmen, daß die Exportkreditversicherung und die Auslandskredite ausfuhrfördernd gewirkt haben.

Im einzelnen ist von Interesse, daß von der Mehrzahl der 1926 gegenüber dem Vorjahre etwa 42 v. H. lediglich auf den Kohlenexport entfallen. Und was die für Deutschland besonders wichtige Ausfuhr von Fertigzeugnissen betrifft: während unsere gesamte Ausfuhr gegenüber 1925 um etwa 12 v. H. geblieben ist, wuchs der Export von Fertigfabrikaten im vorigen Jahr nur um etwa 5 v. H.



Konjunkturfur der Herbst- und Wintermonate sich in Stadium einer Depression befand. Verminderung des Konjunks im Inlande infolge Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie Rückgang des Bedarfs der Industrie an ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten infolge des ständigen Geschäftsaufgangs und der Absatzrisse im Inlande riefen diese Einfuhrsenkung hervor. Von da an zeigt die Einfuhr wieder eine Zunahme, die, abgesehen von einem kleinen Rückfall namentlich im September, bald wieder über den durchschnittlichen Stand von 1923 hinaus führte. Trotz dieser Zunahme der Einfuhr gegen Ende 1926 aber blieb ihr Gesamtergebnis wertmäßig nicht unbedeutend hinter dem Vorjahre zurück. Wurden, um einmal die Gegenwärtwerte anzuführen, 1925 für 12,36 Milliarden RM. Waren eingeführt, so erbrachte das Jahr 1926 nur 9,95 Milliarden RM. Allerdings ist bei dieser Ziffer zu berücksichtigen, daß

Die Kreiswahlen in Südblawien und die deutsche Minderheit.

Am 25. v. M. haben in Südblawien die Wahlen für die Kreisverfassungen stattgefunden. Damit wurde einem Schwebezustand, der seit vier Jahren andauerte, ein Ende bereitet. Die Neueinteilung des Staates wurde bereits in der Vorkriegs-Verfassung beschlossen, und auch die Ernennung der Kreispräsidenten (Großgruppen) erfolgte verhältnismäßig rasch; doch die Wahlen wurden erst jetzt durchgeführt. Dieser Umstand ist auf die innerpolitischen Verhältnisse des S. H. S.-Staates zurückzuführen, die durch den Kampf der Automaten (die sogenannten Radiclaner in Kroatien, Bosnien und Dalmatien) und die Slowenen in Krain, Istrien und in dem deutsch-österreich entzerrten Unterferriemart) und Zentralisten (den Serben) ausgefüllt waren. Diese neue Kreisinteilung verwarfte nämlich alle aus der österreichisch-ungarischen Monarchie überlieferten historischen Grenzen, kennt kein Serbien, kein Kroatien und kein Slowenien, sondern nur ein Jugoslawien, das ohne Rücksicht auf die historischen Überlieferungen 35 vollständig neue Verwaltungskörperschaften erhielt. Dies bedeutete aber für die südblawischen Föderalisten den Schwereisen Schlag, und deshalb zogerte Belgard in verwaltungsrechtlicher Beziehung mit den Wahlen so lange, bis die Automatenbewegung in Kroatien geschwächt (was durch den Eintritt der Radiclanhänger in die Regierung auch erreicht wurde), und dieselben Befreiungen in Bosnien und Slowenien dadurch wirkungslos waren. Die nun stattgefundenen Wahlen haben jedoch innerhalb dieses großen Gegenstandes im südblawischen Reich keine wesentlichen Veränderungen gebracht. Die Anhänger des Bauernführers Radic konnten in Kroatien ihre Machtstellung behaupten, ebenso die Muselmänner in Bosnien und die Slowenen unter Karocic in Slowenien, wie auch die Serben als Anhänger eines Zentralismus in ihren bisherigen Machtdomänen siegreich aus den Wahlen hervorzugehen.

Von besonderer Bedeutung jedoch waren diese Wahlen nicht nur für die deutsche Minderheit in Südblawien (etwa 650 000) selbst, sondern auch für die gesamte europäische Minderheitenfrage. Denn zum erstenmal verachteten die Deutschen im Banat, in der Batscha, in Syrien und in der Unterferriemart zusammen mit anderen südblawischen Parteien in den Wahlkampf zu treten. Auf selbständigen deutschen Listen wurden vier deutsche Kandidaten — in Belgrad, in Patschowa-Stadt und Patschowa-Land und in Gottschee — gewählt, während alle übrigen gewählten 13 deutschen Kandidaten durch eine Kompromißliste mit den sogenannten Radiclanen und in der Unterferriemart auch mit der Slowenischen Volkspartei überdungen. Es ist somit mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß 19 deutsche Abgeordnete, und zwar 12 aus der Batscha, vier aus dem südblawischen Teil des Banates, einer aus Syrien und zwei aus Slowenien in den Kreisversammlungen erscheinen. Durch dieses gemeinsame Dorgehen der Deutschen mit südblawischen Parteien gelang es zum Beispiel in der Unterferriemart, die sich am deutschfeindlichen gebärende sogenannte Petricevic-Partei völlig zu schlagen. Die deutsche Presse Südblawiens lebt in den Ergebnissen einen Erfolg der Deutschen, der für die weitere Zukunft der deutschen Minderheit Südblawiens viel hoffen läßt. Und selbst die Regierung hat eingesehen, daß die bisherigen Methoden gegen die deutsche Minderheit ohne Erfolg blieben und erst vor einigen Wochen das scheinbar erlassene Verbot gegen den Deutschen Kulturbund wieder aufgehoben. Wenn man nach den Erfahrungen der letzten Jahre gegenüber solchen günstigen Anzeichen auch skeptisch geworden ist, so lassen sie doch hoffen, daß vor allem auch die Unterferriemart, wo der Druud gegen das Deutschum immer am härtesten war, besseren Tagen entgegengeht.

Blick in die Bücher

Ueber, „Der Aufbau und die Gliederung des deutschen Rechts. Allgemeine Rechtsgrundsätze“. Verlag S. Schwann, Düsseldorf, 95 S. Broschirt 2 M.

Unzweifelhaft gehört die Kenntnis der Grundzüge und des Aufbaues des deutschen Rechts und der deutschen Gerichtsbarkeit in das Gebiet der allgemeinen staatsbürgerlichen Bildung. Angesichts der starken Verknüpfung dieser Erscheinungsformen des staatlichen Lebens einerseits mit der Politik und dem politischen Denken des Volkes, deren Ausdrucksform auf einem Sondergebiete sie bilden, und andererseits durch das vielfältige tiefe Eindringreifen in das Einzelleben jedes Staatsbürgers, handelt es sich hier um Tatsachen und Probleme, deren Kenntnis nicht auf den Kreis der Juristen beschränkt bleiben darf, sondern zu dem elementaren Wissen gehört, das bei jedem Volksgenossen, der überhaupt in öffentlichen Dingen mitreden will, erworben werden muß. Der vorliegende, kurzgefaßte und gemeinerfährliche Leitfaden zur Einführung in die Gesetzeskunde, der in kurzen Zügen sowohl die Grundlagen unserer heutigen Rechtsnormen und Rechtsauffassungen wie auch die Gliederung der Gerichtsbarkeit schildert, erfüllt in ausgezeichneter Weise die Aufgabe, auch dem juristischen Laien einen Einblick in das Gebiet des deutschen Rechtswesens zu vermitteln.

Der Unterricht über die Reichs- und preussische Verfassung. Stoffe und Ratsschlüsse. Von Adolf Bär, Oberlehrer in Kassel. 1925. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M. 242 S., geb. 6,60 M.

Das Besondere dieses Buches besteht einmal darin, daß hier zum ersten Male die Problematik des verfassungsmäßigen Unterrichts in ihrer ganzen Tiefe aufgezeigt wird. Ein erfahrener Lehrer und kluger Beobachter im Unterricht anderer unterrichtet die üblichen Unterrichtsstoffe einer gründlichen Kritik und leitet daraus zunächst allgemeine methodische Ratsschlüsse ab. Damit ist er schon aus der Problematik heraus und gibt nun im einzelnen Ratsschlüsse für die Stoffauswahl und -behandlung. Dabei werden Stück für Stück die leitenden Gedanken herausgearbeitet, die wichtigsten Tatsachen aus der Vergangenheit unter Anführung von Quellenstellen, nur allem auch solchen aus den Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung und ihres Verfassungsausschusses, gegeben und wertvolle Betrachtungen angefügt, welche die Probleme der einzelnen Artikel in mannigfacher Beziehung zeigen. Das Buch ist zunächst für ratfahrende Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen geschrieben; aber auch jeder andere, der an irgendeiner Stelle staatsbürgerliche Bildungsarbeit zu leisten hat, wird dankbar aus seiner Stoff- und Gedankenfülle schöpfen. K.

Die Herrschaft der 500. Von Walther Lambach. Ungedruckte Volksgesange. Mit 50 Momentaufnahmen. Heimatliche Verlagsanstalt, Hamburg u. Berlin. 155 Seiten. Preis 3,80 M.

Dieses ausgezeichnete geschriebene, fesselnde Spiegelbild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland, das bei allen Parteien und Schichten eine liberale freundliche Aufnahme gefunden hat und im „Heimatdienst“ 1926, Heft 6, eingehend gewürdigt worden ist, liegt nunmehr in einer unverfälschten und trefflich ausgestatteten Volksgesange vor, die eine Anschaffung auch weiteren Kreisen ermöglicht. Kein Werk vermittelt in so lebenswunderpländerender

form und in so starker persönlicher Anschaulichkeit einen klaren Begriff vom Deutschen Reichstag, seiner Arbeit und seinen inneren und äußeren Kämpfen wie diese Schrift von Walther Lambach, M. d. R.

Schleswig-Holsteinischer Kunstkalender 1927. Herausgegeben von Dr. Ernst Saueremann, Paul Hartung, Verlag, Hamburg. 220 S. mit 250 Illustrationen. Preis 7,50 RM.

Der neue Jahrgang des Schleswig-Holsteinischen Kunstkalenders reißt sich seinen Vorgängern in Inhalt und Ausstattung würdig an. Er ist angefüllt auf die Genüßlichkeit der neuen Baukunst in Schleswig-Holstein seit dem Kriege. Zahlreiche Mitarbeiter behandeln das große Stoffgebiet der nördlichen Kaffeebauten und der Ingenieurbauten, der modernen Blaubauten in den Kügen und der neuzeitlichen Baukunst. Die Berichte der Bauämter in Schleswig-Holstein bieten interessante Einblicke in das baukünstlerische Schaffen der Reichs-, Staats-, Landes- und Gemeindeverwaltungen. Von hohem künstlerischen Reiz ist auch diesmal wieder das farbenprächtige Kalendarium und der Umschlag.

„Der Grenzwolf“ von Alfred Katschinski. Eine Schiffsallegorie. Verlag Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H., Berlin 1926. Gangleinenband 6 M.

Ein Schiffsallegorie und ein Grenzroman. In klaren einfachen Strichen wird hier von dem Verfasser, der selbst in ostmärkischer Erde groß geworden ist und in die Wurzeln, das Schicksal einer deutschen Familie gezeichnet, die in ihren Wäldern einst nach dem Osten ausgewandert war und mit den Slawen um Haus und Hof zu kämpfen hat. Familiengeschichte ist hier verwoben in Heimat- und Volksgeschichte. Der Kampf um deutsches Land im Osten in schiffsallegorischer Gegenwart wird zur Tragik des Grenzdeutschtums. Bewegte Bilder machen die Handlung spannend. Im ganzen ein lebenswahrer echter Ostmartroman.

Kultur des Handwerks. Zeitschrift der Ausstellung München 1927. „Das bayerische Handwerk“, Heft 1. München 1926.

Nach kurzen Geleitworten des Reichspräsidenten von Hindenburg sowie des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und des Handelsministers Dr. von Meinel erläutert der Oberbürgermeister Münchens Schramm die Stellung seiner Stadt zum Handwerk, während der Erste Bürgermeister von Augsburg Deutschhaus die Geschichte der Augsburger Handwerkszunft. Der Präsident der Handwerkskammer von Oberbayern, Geheimrat Würz, legt die Bedeutung der diesjährigen Ausstellung für das bayerische und darüber hinaus für das gesamte deutsche Handwerk auseinander. Im Anschluß daran gibt der Syndikus der Handwerkskammer, Geheimrat Dr. Knoblauch, einen fesselnden Überblick über die derzeitige wirtschaftliche Lage des bayerischen Handwerks. Der Präsident des bayerischen katholischen Landesamtes, Universitätsprofessor Dr. Friedl, Jahn, feuert eine Arbeit über Handwerk und Wissenschaft bei. Dr. J. M. Ritz vom Landesamt für Denkmalspflege schreibt über Kultur im alten Handwerk und erläutert an Hand von Abbildungen alter Handwerkszeugnisse den Formenismus und das Schönheitsempfinden früherer Handwerker. Das Heft gibt einen trefflichen Einblick in die reichere Bedeutung des bayerischen Handwerks für die gesamte deutsche Gewerbetätigkeit.

Neue Schriften

a) Geschichte, Politik und Bürgerkunde.

Castellieri, Alexander: Weltgeschichte als Machtgeschichte. 582—911. Die Zeit der Reichsgründung. München 1927. Oldenbourg. 398 S. 18,50 M., zw. 20 M.

Raab, Dr. Friedr.: Wege zur Steuerermäßigung. Ziele und Wege umfassender Sparpolitik. Hr. 1. Berlin 1926. Verlag für Wirtschaft und Verwaltung. 76 S.

Dolz, Gustav Berthold: Friedrich der Große im Spiegel seiner Zeit. 3 Bde. mit zeitgen. Abb. und 24 Bildtafeln. Die Bilderausw. besorgte Max Kuffschmann. Bd. 1. Berlin 1926. Reimar Hobbing. Vollst. Zw. 68 M., Hdr. 84 M.

Das geistige Europa. Ein internationales Jahrb. d. Kultur. Hrsq. von

Friedrich Muderemann u. E. von de Marf. Jg. 2 1926. Paderborn 1926. f. Schöningh. 508 S. Kart. 3 M., zw. 6 M.

Karo, Georg: Grundzüge der Kriegsschuldrage. 3. erw. Aufl. München 1926. Süddeutsche Monatshefte 64 S. 1,50 M.

Delbrück, Hans: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. fortset. von Emil Daniels. Tl. 5. Neuzet. Buch 2. Berlin 1927. G. Stille. 8 M.

b) Allgemeine Werte.

Engelhardt, Viktor: Die Bildungsinteressen in den einzelnen Berufen. Eine stat. Untersuchung. Frankfurt a. M. 1926. 41 S. 1,50 M.

Eberhard, Otto: Pestalozzi, ein Klassiker der Seelenführung. Gütersloh 1926: C. Bertelsmann. 96 S., H. 4 2,40 M., Substf.-Pr. 2 M.

Kantner, Wilhelm: Der Erzieher der Menschheit, Johann Heinrich Pestalozzi. Bilder aus seinem Leben und Wirken. Breslau 1926. Priebe'sches Buchh. 16 S. 0,10 M.

Reinhart, Josef: Heinrich Pestalozzi. Ein Lebensbild dargef. Basel 1926. f. Reinhardt. 355 S. 8 Taf. 5,60 M., zw. 7,20 M.

Jahrbuch 1927 für die deutschen Kriegsoffiziere. Zweiter Jahrgang. Hrsq. vom Reichsverband deutscher Kriegsbefehlshaber und Kriegseinterlebener. Berlin 1926. 127 S. 0,65 M.

HEIMATDIENST-SAMMELMAPPEN

WIE IM VERGANGENEN JAHRE

hat der Zentralverlag GmbH auch für den Jahrgang 1927 des Heimatdienstes eine Sammelmappe herstellen lassen, um das wertvolle Material, das die Zeitschrift „Der Heimatdienst“ bietet, auch in äußerlich anscheinlicher Gestalt aufbewahren zu können

DER PREIS

in Halbleinen mit Aufdruck beträgt **2 MARK** für die Mappe, einschließlich Porto und Zusendung

Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme

ZENTRAL-VERLAG GMBH, BERLIN W 35 POTSDAMER STRASSE 41
POSTSCHECKKONTO BERLIN 78996

Soeben erschienen:

PHOTOFREUND- JAHRBÜCHER

1926/1927

Herausgegeben von

FR. WILLY FRERK

Schriftleiter des „Photofreund“

Das

Photofreund-Jahrbuch

bildet alljährlich das begehrteste

Festgeschenk jedes Photo-Amateurs

184 Abbildungen

größtenteils in Doppeltin gedruckt, der hervorragendsten Lichtbilder des In- und Auslandes, ferner

6 Kunstbeilagen

sowie zahlreiche wertvolle literarische Beiträge erster Autoren, illustrierter Bericht über „Neues aus der Photowelt im Jahre 1926“ usw.

Tausende von Freunden der Photographie erwarten das Erscheinen dieses Dokumentes photographischer Leistungsfähigkeit mit erneuter Ungeduld. Sichern Sie sich sofort Exemplare dieses einzigartigen Standardwerkes.

PREIS **6** MK

Zu beziehen durch:
DEUTSCHER LICHTBILD-DIENST GmbH
BERLIN W 35, POTSDAMER STRASSE 41

Lerne politisch denken!

Soeben erschien:

POLITISCHES JAHRBUCH 1926

Unter Mitwirkung von

Allekotte	Erising	Joss	Stegerwald
André	Eszer	Kaas	Teusch
Blum	Gerig	Kraus	Tremmel
Brauns	v. Guérard	Lammers	Ullitzka
Briming	Gross	Scheiter	Weber
Dessauer	Imbusch	Schulte	Wegmann

bearbeitet und herausgegeben von

Univ.-Prof. Dr. Georg Schreiber
M. d. R., Münster i. W.

Politik des Deutschen Reiches

Mit einem Anhang: Bücherkunde der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei

8° (640) Geb. in Ganzleinen RM. 7,50, broschiert RM. 6,50, bei gleichzeitiger Mitbestellung des 1. Jahrbuches (1925) kosten beide Bücher nur RM. 10,—

VOLKSVEREINS-VERLAG M. GLADBACH

EINBUCH FÜR ALLE Erziehung zum Redner

von Dr. Fritz Gerathewohl
Lektor für Rhetorik an der Universität München ··· Zweite, völlig umgearb. Aufl. ··· 112 Seiten Umfang ··· Halbb. RM. 3,40

Manchelei Broschüren sind in unseren Tagen, in denen sich ein gesteigertes Interesse am öffentlichen Leben geltend macht, über die Kunst der Rede geschrieben worden, aber kaum wurde ein Versuch gemacht, in allgemeinverständlicher Form neben der Angabe stilistischer Notwendigkeiten Hinweise auf die unentbehrlichen Voraussetzungen für den dauernden Erfolg einer Rednerausbildung, eine sorgfältige Atm- und Sprechtechnik zu bieten. Es ist deshalb ein besonderes Verdienst des Verfassers, vor seiner Anleitung zum „Redner“ eine Anleitung zum „Atmen“ und „Sprechen“ gesetzt zu haben. Das Buch verdient in seinem auch in pädagogischer Hinsicht ausgezeichneten Aufbau jedem empfohlen zu werden, der gezwungen ist oder sich gedrängt fühlt, als Redner tätig zu sein.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung
ZENTRAL-VERLAG G. M. B. H.
Berlin W 35, Potsdamer Straße 41



Einführung in die Politik

von **Dr. Wilhelm Ziegler**

Dieses Buch ist keineswegs eine nüchterne begriffliche Abhandlung, sondern eine lebendige und anschauliche Einführung in das tatsächliche praktische Leben und Weben der Politik und Gegenwart. Wie in seiner weitverbreiteten „Einführung in die Volkswirtschaft“ versteht es der Verfasser auch hier, die wissenschaftliche Klarheit und Systematik mit praktischer Anschaulichkeit und packender Darstellungsweise zu verbinden. Die zahlreichen ausgezeichneten Kartenskizzen und graphischen Darstellungen unterstützen und ergänzen den Text aufs glücklichste.

Das Buch scheint für jeden politisch Interessierten und im öffentlichen Leben Stehenden, insbesondere aber auch für Pädagogen und Volkserzieher, Partei- und Organisationsleiter schlechthin unentbehrlich

320 Seiten mit 46 Kartenbeigaben

brosch. 8 Rm. * Halbleinen 10 Rm.

Zentral-Verlag GmbH, Berlin W 35
Potsdamer Straße 41